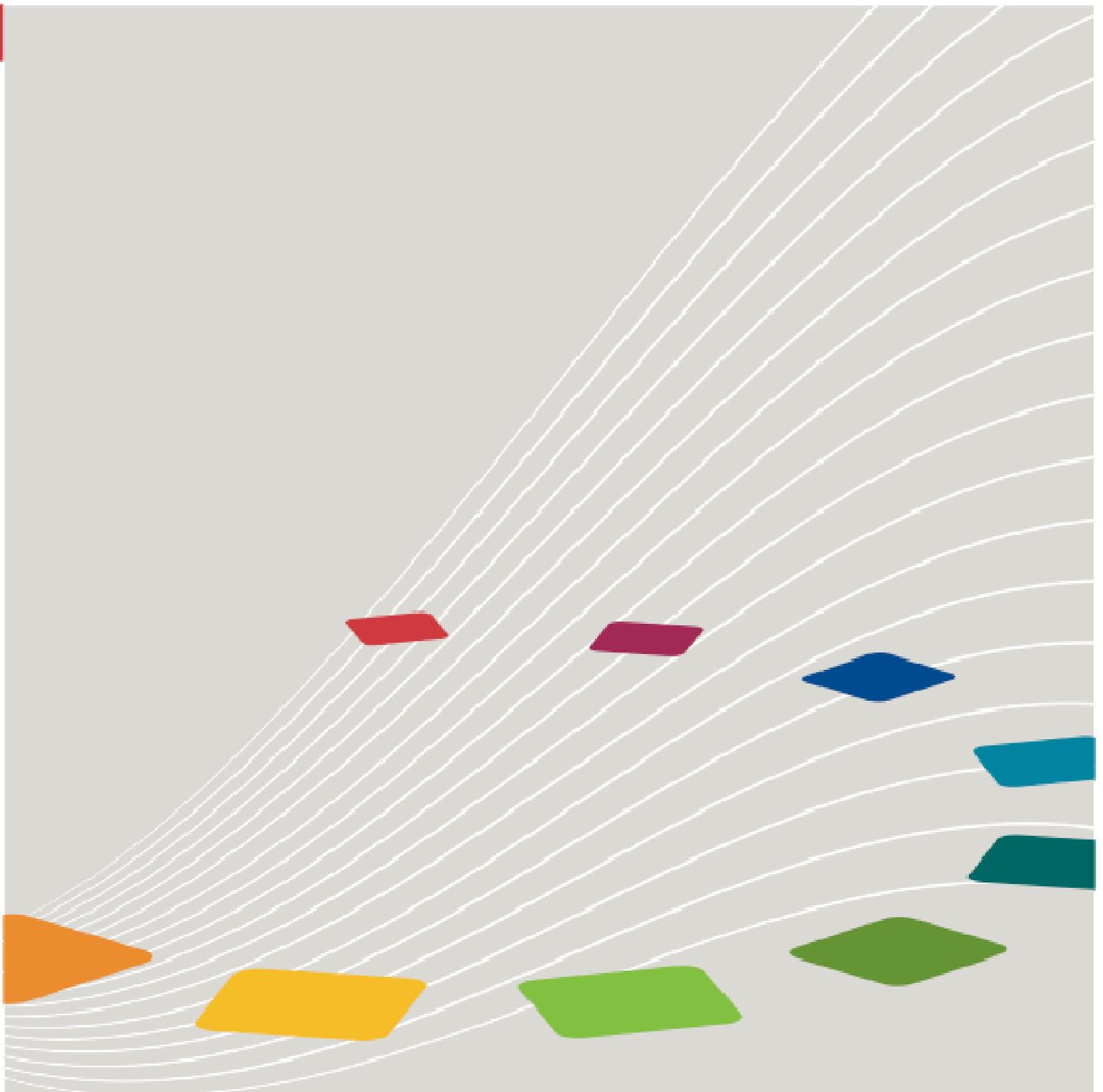




„Integration findet vor Ort statt“

Befragung der hessischen Kommunen zum Stand ihrer
Integrationspolitik



Vorwort

von Herrn Staatsminister Jörg-Uwe Hahn



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Hessische Landesregierung möchte ihre Integrationsarbeit auf eine wissenschaftlich fundierte Grundlage stellen. Der Fortschritt, aber auch die Handlungsbedarfe in den verschiedenen integrationspolitischen Handlungsfeldern, sollen anhand von Zahlen, Daten und Fakten sichtbar gemacht werden. Wir sind bestrebt, alle hessischen Kommunen in diesen Prozess einzubinden.

Als einziges Bundesland haben wir nun, in Absprache mit den Kommunalen Spitzenverbänden, in allen Kommunen eine **Befragung zum Stand der kommunalen Integrationspolitik** in Hessen durchgeführt, denn: Integration findet vor Ort statt! Die vorliegende Studie konstatiert einen deutlichen Zusammenhang zwischen Einwohnerzahl, Migrantenanteil und der Bedeutung von Integrationspolitik: Vor allem in größeren Kommunen mit vielen Einwohnern mit Migrationshintergrund spielt Integrationspolitik eine wichtige Rolle. Hier wurden die Integrationsprogramme und -initiativen des Landes Hessen und des Bundes als besonders hilfreich bewertet. Besonders erfreut war ich über die Tatsache, dass die Ziele des Landesprogramms Modellregionen Integration die Diskussion und die Ansätze kommunaler Integrationsarbeit genau treffen und aufnehmen. Dies bestätigt, dass Land und Kommunen in Hessen gemeinsam erfolgreiche Integrationsarbeit leisten können. Die Vertrauensbasis stimmt!

Wir freuen uns, dass so viele Gemeinden, Städte und Landkreise an der Befragung teilgenommen haben! Ihr Engagement zeugt von Interesse und Expertise.

Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Jörg-Uwe Hahn' with a stylized flourish at the end.

Jörg-Uwe Hahn

Hessischer Minister der Justiz, für Integration und Europa

Inhalt

1. Untersuchungsrahmen	4
1.1 Personen mit Migrationshintergrund in Hessen	4
1.2 Anliegen der Hessischen Landesregierung	4
1.3 Einordnung der Studie.....	6
2. Untersuchungsdesign.....	8
2.1 Konstruktion des Fragebogens.....	8
2.2 Erhebung, Rücklauf und Auswertung	8
2.3 Demographische Struktur der teilnehmenden Kommunen.....	10
3. Befragungsergebnisse.....	13
3.1 Integration als kommunale Aufgabe	13
3.2 Lokale Netzwerke.....	15
3.3 Interkulturelle Öffnung der Verwaltung	17
3.4 Partizipation und bürgerschaftliches Engagement.....	18
3.5 Sprache und Bildung	21
3.6 Berufliche Integration	22
3.7 Sozialräumliche Integration	22
3.8 Förderung lokaler ethnischer Ökonomie.....	23
3.9 Engagement für Vielfalt und Toleranz.....	24
3.10 Information und Evaluation.....	25
3.11 Überörtliche Bezüge zum kommunalen Integrationsgeschehen	26
3.12 Selbsteinschätzung zur kommunalen Integrationspolitik.....	29
4. Zusammenfassung.....	32
5. Literatur.....	36
Anhang: Fragebogen.....	I
Impressum	XII

1. Untersuchungsrahmen

1.1 Personen mit Migrationshintergrund in Hessen

Rund 11% der hessischen Bevölkerung besitzen keinen deutschen Pass; Hessen ist damit das Flächenland mit dem zweithöchsten Ausländeranteil in Deutschland. Die Gruppe der **Ausländerinnen und Ausländer**¹ ist sehr heterogen, zusammengesetzt aus Personen mit über 160 verschiedenen Staatsangehörigkeiten. Knapp die Hälfte stammt aus den ehemaligen Anwerbeländern. Gut ein Fünftel (22,8%) der Ausländer besitzt die türkische Staatsbürgerschaft, 12,4% stammen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien, 8,4% aus Italien und 7,2% aus Polen (eigene Berechnungen nach: Statistisches Bundesamt 2012a: 68ff.).

Nach Ergebnissen des Mikrozensus 2011 haben 1,54 Mio. Personen in Hessen einen **Migrationshintergrund**². Damit liegt der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Hessen bei 25,3% – also einem Viertel – und somit deutlich über dem bundesweiten Anteil von 19,5%. Mit Verjüngung der Kohorten steigt dieser Anteil bis auf 46,2% bei den Kindern unter 5 Jahren. 56,0% der Personen mit Migrationshintergrund haben die deutsche Staatsangehörigkeit, 16,0% sind EU-Ausländer und 28,0% sog. Drittstaatenangehörige (d.h. mit der Staatsbürgerschaft eines Staates außerhalb der EU).

1.2 Anliegen der Hessischen Landesregierung

Die Hessische Landesregierung hat der Integrationspolitik besondere Priorität eingeräumt und verfolgt ein Bündel an Maßnahmen zur Förderung der Integration³. Repräsentative Umfragen des Integrationsministeriums unter der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund zeigen, dass sich insgesamt 96% der Personen mit Migrationshintergrund in Hessen wohlfühlen (Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2013). 52% der Hessen mit Migrationshintergrund geben an, sich eher oder sogar ausschließlich mit Deutschland verbunden zu fühlen, 39% gleichermaßen mit dem eigenen bzw. mit dem Herkunftsland der Eltern und Deutschland (Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2011a: 44; Wilkens/Kindermann 2012: 82). Das ist ein positives Signal für die hessische Integrationspolitik.

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund (bzw. die ausländische Bevölkerung) ist räumlich nicht gleichmäßig über Hessen verteilt, sondern konzentriert sich in Großstädten und Ballungszentren im Rhein-Main-Gebiet (s. Abbildung 1). Somit wird der integrationspolitische Handlungsbedarf in den hessischen Kommunen jeweils unterschiedlich ausfallen. Die kommunale Integrationspolitik hat aber auch andere Determinanten: Die „Städte und Gemeinden ... (haben) eine heterogene Geschichte der sozialen Integration von Migranten und der kommunalpolitischen Gestaltung.“ (Bommes 2009: 93). Daher ist davon auszugehen, dass die Integrationspolitik in den

¹ Im Dienste der besseren Lesbarkeit wird im Folgenden ausschließlich die männliche Form verwendet. Diese steht für beide Geschlechter.

² Nach der Definition des Statistischen Bundesamtes zählen zu den Personen mit Migrationshintergrund „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“ (Statistisches Bundesamt 2012b: 6).

³ Einen Überblick über die Integrationspolitik des Landes gibt das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2012a; s.a. dass. 2010.

einzelnen Kommunen einen unterschiedlichen Stellenwert einnimmt und die integrationspolitische Ansätze und Instrumente verschieden ausgestaltet sind.

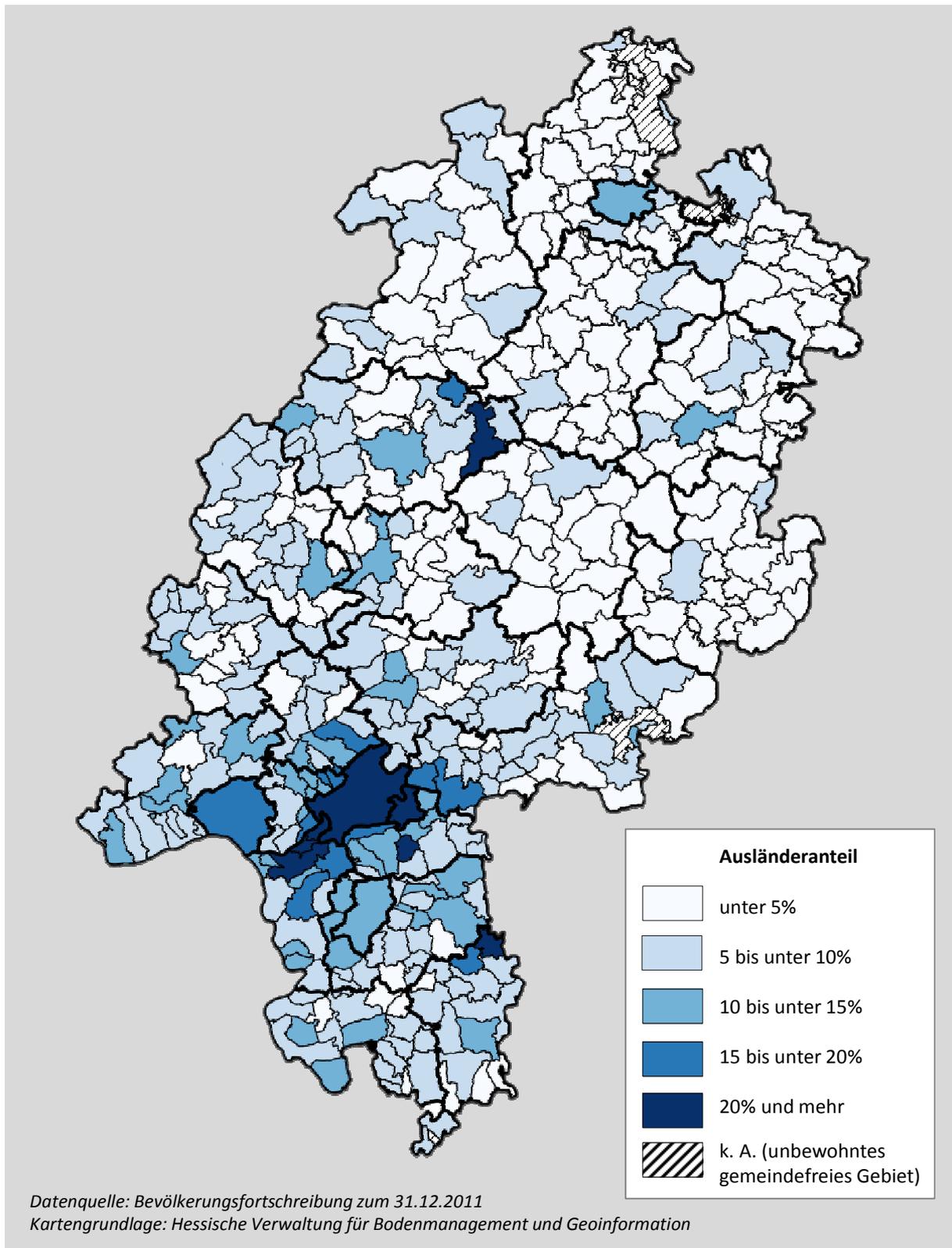


Abbildung 1: Ausländeranteil in den hessischen Gemeinden 2011

Vor diesem Hintergrund versucht die hessische Landesregierung, die Kommunen bei ihrer Integrationspolitik zu unterstützen⁴, denn: „Integration findet vor Ort statt.“⁵ Um den Beratungsbedarf der Kommunen zu eruieren und Erkenntnisse über gute Praktiken zu gewinnen, bemüht sich das Hessische Integrationsministerium, mehr Informationen über die Integrationspolitik der Kommunen in ihrer Gesamtheit zu sammeln und den Informationsaustausch zwischen den Kommunen zu fördern. Anliegen dieser Studie ist es daher, den Kenntnisstand über die integrationspolitischen Handlungsbedarfe und Aktivitäten in den einzelnen Kommunen zu vertiefen, wobei es Anspruch der Landesregierung ist, dass die Informationen auf wissenschaftlich fundierter Grundlage gewonnen werden.

Die vorliegende Studie steht im Einklang mit den in den Dialogforen zum Nationalen Aktionsplan Integration entwickelten Strategien. Hier wird u.a. gefordert, den Stand der kommunalen Integrationspolitik zu erheben und die kommunale Integrationspolitik auf Landesebene zu fördern (Bundesregierung 2011: 210f.).

1.3 Einordnung der Studie

Bereits vor einigen Jahren haben das Hessische Sozialministerium und Vertreter der Kommunen ein Rahmenkonzept für kommunale Integrationsstrategien erarbeitet, mit dem das Ziel verfolgt wurde, „die Integrationsdiskussion in Hessen vor Ort und die Weiterentwicklung der Integrationsansätze und -strategien auf den unterschiedlichen Ebenen zu unterstützen und zur Verbreitung wichtiger Integrationsschwerpunkte und -projekte beizutragen“ (Hessisches Sozialministerium 2007b: 6). Das Rahmenkonzept wurde in Diskussionen und mit einer Befragung „in den Städten, Gemeinden und Landkreisen und mit den im Bereich Integration engagierten Institutionen weiterentwickelt und optimiert“ (Hessisches Sozialministerium 2007a: 6). In der Befragung aus dem Jahr 2006 wurde unter anderem erhoben, in welchen Bereichen und bei welchen Zielgruppen die Befragten „örtlich bezogen“ den größten integrationspolitischen Handlungsbedarf sahen, mit welchen Maßnahmen und Projekten sie „örtlich bezogen“ besonders positive Erfahrungen gemacht haben und welche Anregungen zur Verbesserung der Integration und für übergemeindliche Aktivitäten sie geben konnten (Hessisches Sozialministerium 2007b: 7f.).

Die Abteilung Integration des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa beschloss 2012, in Kooperation mit den Kommunalen Spitzenverbänden eine Anschlussbefragung unter den hessischen Kommunen mit dem Fokus auf dem Stand der lokalen Integrationspolitik durchzuführen. Kurz zuvor war die Studie zum **„Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland“**⁶ im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und

⁴ Zu diesem Zweck hat die Landesregierung beispielsweise 2009 das Programm „Modellregionen Integration“ entwickelt. Die Erkenntnisse dieses Programms werden allen hessischen Kommunen zur Verfügung gestellt (bislang z.B. Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2009, 2012b).

⁵ Weiterführende Literatur zum Thema „Kommunale Integrationspolitik“: z. B. Bommers (2009), Filsinger (2002, 2009), Gesemann/Roth (2009a, 2010), Gissendanner (2011), Reichwein (2009), Roth (2009, 2010), Sachverständigenrat für Migration und Integration (2012: 136ff.), Schader-Stiftung (2011) Schröder (2010).

⁶ Das Projekt wurde vom Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) durchgeführt. Neben der standardisierten postalischen Befragung der Kommunen werden allerdings noch weitere Methoden angewandt, darunter vertiefende Telefoninterviews (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012: 20). Die Studie wurde am 8.5.2012 der Presse vorgestellt.

der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration erschienen. Der für diese Untersuchung verwendete Fragebogen wurde der Abteilung Integration zur Nutzung im Rahmen einer eigenen Erhebung zur Verfügung gestellt. Damit ist er – anders als der Hessische Integrationsmonitor – an den Handlungsvorschlägen der Kommunalen Spitzenverbände, nicht aber an den vier Dimensionen der Integration, orientiert. Andererseits aber macht er die hessenweite Befragung bis zu einem gewissen Grad auch anschlussfähig an den Bundesbericht (s. dazu Abschnitt 2.3).

2. Untersuchungsdesign

2.1 Konstruktion des Fragebogens

Der von der Bundesbeauftragten zur Verfügung gestellte und vom Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) entwickelte Fragebogen umfasst 13 Module mit 55 Fragen, die überwiegend Multiple-Choice-Charakter haben, zum Teil aber auch offen gehalten sind bzw. Raum für Ergänzungen bieten. Der Fragebogen ist im Anhang beigefügt. Abgefragt wurden Informationen zu folgenden kommunalpolitischen Handlungsfelder:

- I. Integration als kommunale Querschnittsaufgabe
- II. Unterstützung lokaler Netzwerke
- III. Interkulturelle Öffnung der Verwaltung
- IV. Partizipation und bürgerschaftliches Engagement
- V. Sprache und Bildung
- VI. Berufliche Integration
- VII. Sozialräumliche Integration
- VIII. Förderung lokaler ethnischer Ökonomie
- IX. Engagement für Vielfalt und Toleranz
- X. Information und Evaluation
- XI. Überörtliche Bezüge zum kommunalen Integrationsgeschehen
- XII. Selbsteinschätzung
- XIII. Basisdaten der Kommune

Die Ergebnisdarstellung im vorliegenden Bericht ist entsprechend dieser Module gegliedert. Die Prozentangaben beziehen sich in der Regel auf die Zahl der Kommunen, die die jeweilige Frage beantwortet haben. Im Text fett gedruckt sind der Wortlaut oder der Inhalt der einzelnen Fragen.

2.2 Erhebung, Rücklauf und Auswertung

Im Gegensatz zur Bundeserhebung, die ausgewählte Kommunen befragt hatte, war die hessische Untersuchung als Vollerhebung angelegt. Der Erhebungszeitraum lag zwischen Mitte Januar und Ende März 2012. Insgesamt wurden 447 Fragebögen zum Stand der kommunalen Integrationspolitik und zum Integrationsmonitoring⁷ per Post an die für Integrationspolitik Verantwortlichen in den 426 Gemeinden und 21 Landkreisen versandt. Beigelegt war ein Anschreiben des hessischen Integrationsministers, Herrn Staatsminister Jörg-Uwe Hahn. Gleichzeitig informierten

⁷ Die Ergebnisse dieses Teils der Erhebung werden in einer anderen Publikation vorgestellt.

die Kommunalen Spitzenverbände auf ihrer Homepage über die Untersuchung. Kurz vor Ablauf des Erhebungszeitraums wurden zwei Erinnerungsschreiben per E-Mail verschickt.

Insgesamt gingen im Ministerium 259 Fragebögen ein, die in die Auswertung einbezogen werden konnten. Dies entspricht einer beachtlichen Rücklaufquote von 58% Prozent. Besonders hoch war die Beteiligung der Landkreise, von 21 Kreisen beteiligten sich 17, also 81%. Die Zahl der auswertbaren Fragebögen ist um 31 höher als bei der Bundesstudie und stellt somit eine solide empirische Grundlage dar. Die Fragebögen wurden in der Abteilung Integration des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Europa und Integration mit PASW Statistics 18 erfasst und ausgewertet.

Bei der geographischen Verteilung der beteiligten Kommunen ist kein Muster erkennbar (s. Abbildung 2; die Beteiligung der Landkreise ist hier nicht visualisiert). Dies spricht für eine gute regionale Repräsentativität der Befragungsergebnisse.

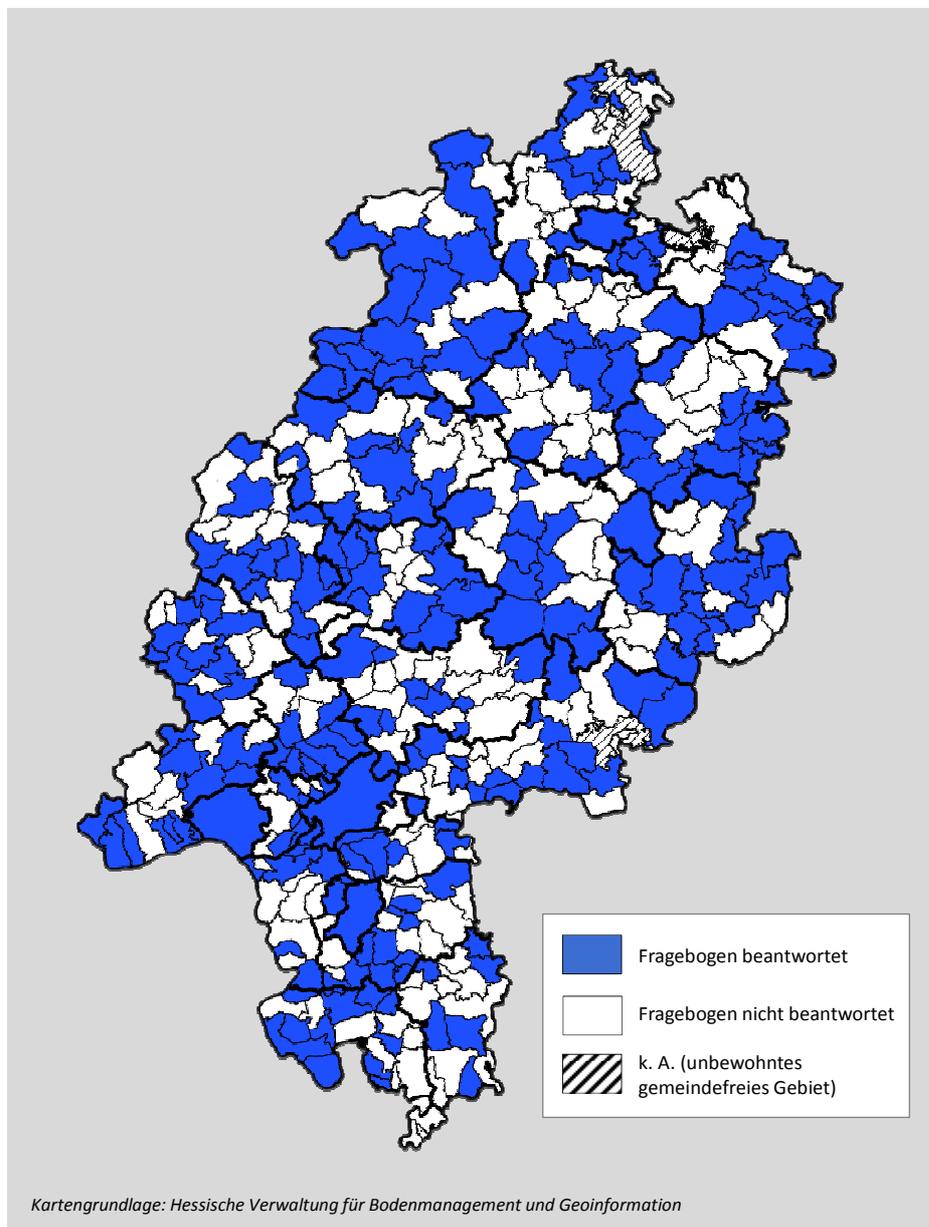


Abbildung 2: Hessische Gemeinden nach Teilnahme an der Befragung

2.3 Demographische Struktur der teilnehmenden Kommunen

Bezüglich der Teilnahme an der Befragung ist festzustellen, dass die nicht teilnehmenden Gemeinden im Schnitt eine deutlich geringere Einwohnerzahl und weniger ausländische Einwohner haben sowie einen niedrigeren Ausländeranteil aufweisen (s. Tabelle 1). Während in den an der Befragung teilnehmenden Gemeinden im Schnitt rund 2.000 Ausländer leben, sind es in den nicht teilnehmenden Gemeinden etwa 1.000. Diese demographischen Faktoren hatten also einen maßgeblichen Einfluss auf das Teilnahmeverhalten der Kommunen: Je höher die Einwohnerzahl und der Ausländeranteil, desto größer die Teilnahme.⁸

	Ø Einwohnerzahl	Ø Zahl der Ausländer	Ø Ausländeranteil in %
Fragebogen beantwortet	16.477	2.071	12,6
Fragebogen nicht beantwortet	11.438	1.083	9,5
Hessische Gemeinden insgesamt	14.301	1.644	11,5

Tabelle 1: Demographische Kennziffern der Gemeinden nach Rücklauf des Fragebogens;
Datenquelle: Bevölkerungsfortschreibung zum 31.12.2011. Die Landkreise sind hier nicht berücksichtigt.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Ergebnisse der hessischen Befragung nicht mit jenen der Bundesstudie vergleichbar sind, denn die Zielgruppen beider Untersuchungen differieren. Während sich in Hessen *alle* Kommunen – unabhängig von ihrer Größe und Ausländerzahl – an der Befragung beteiligen konnten, bezog sich die Bundesstudie nur auf Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern und einem Ausländeranteil von mindestens 5% in den alten bzw. 3% in den neuen Bundesländern (vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012: 21ff.). Zudem waren in der disproportional geschichteten Bruttostichprobe Großstädte ab 100.000 Einwohnern überrepräsentiert. Unter diesen Bedingungen wäre in Hessen über die Hälfte der Kommunen (51%) nicht befragungsberechtigt gewesen, was dem Erkenntnisinteresse des Hessischen Integrationsministeriums widersprochen hätte.

Die ländliche Struktur, die weite Teile Hessens prägt, spiegelt sich bei den an der Erhebung beteiligten Kommunen wider (s. Abbildung 3). So haben nur zehn Städte mehr als 50.000 Einwohner (darunter vier Großstädte mit über 100.000 Einwohnern). 25 Städte weisen zwischen 20.000 und 50.000 Einwohner aus. In 80% der befragten hessischen Kommunen leben weniger als 20.000 Personen:

⁸ Dies bestätigte sich auch bei einigen Rückmeldungen aus Kommunen.

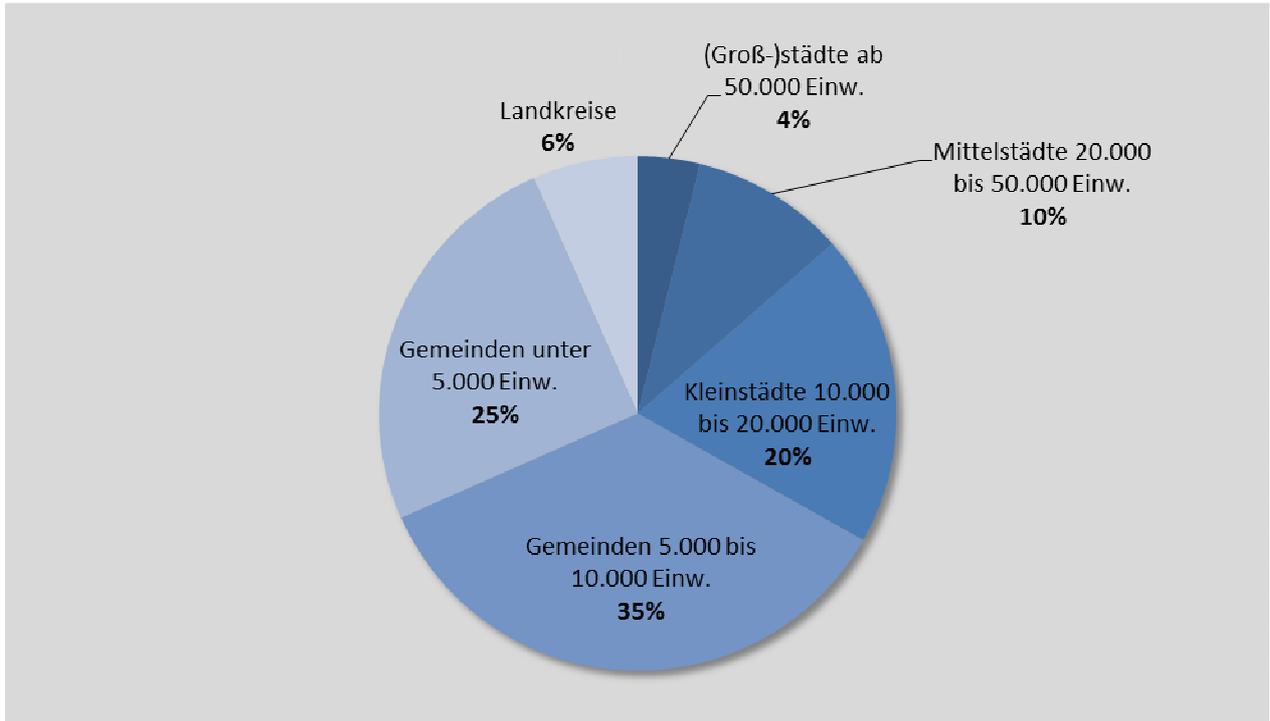


Abbildung 3: An der Befragung beteiligte Kommunen nach Gemeindetyp

Der Anteil der Ausländer und der Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung variiert stark (s. Abbildung 4). 5% der antwortenden Kommunen haben einen Migrantenanteil von über 30%, während in 43% der antwortenden Gemeinden weniger als 10% der Bevölkerung einen Migrationshintergrund hat. Ähnlich verhält es sich mit dem Ausländeranteil: In zwei Dritteln der befragten Gemeinden liegt der Ausländeranteil unter 10%, wohingegen nur jede vierte Kommune einen Anteil an ausländischen Mitbürgern von mehr als 20% hat.

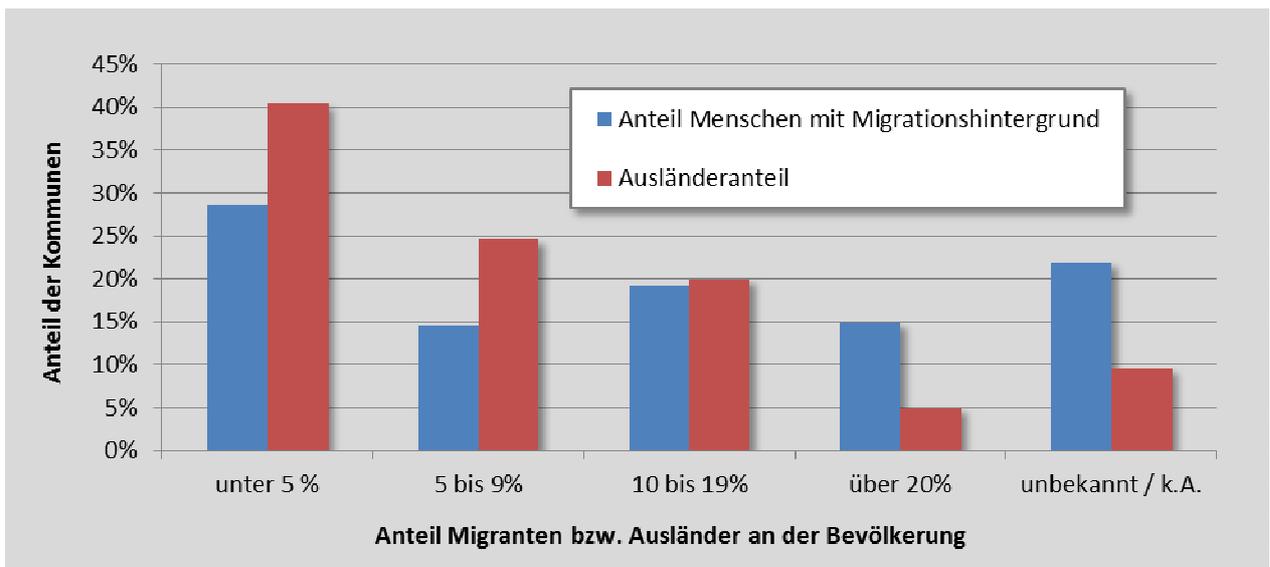


Abbildung 4: Anteil der Personen mit Migrationshintergrund und Ausländeranteil in den an der Befragung beteiligten Kommunen

Da sich die ausländischen Mitbürger vor allem in den Großstädten und Ballungsräumen konzentrieren, lässt sich pauschal folgender Zusammenhang zwischen Größe der Kommune und Aus-

länderanteil an der Bevölkerung festhalten: Je kleiner ein Ort, desto niedriger der Ausländeranteil (s. Abbildung 5). Ein ähnlicher Zusammenhang zeigt sich auch beim Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, wobei jedoch hierzu in 22% der Kommunen keine statistischen Angaben vorliegen (s. Abbildung 4).

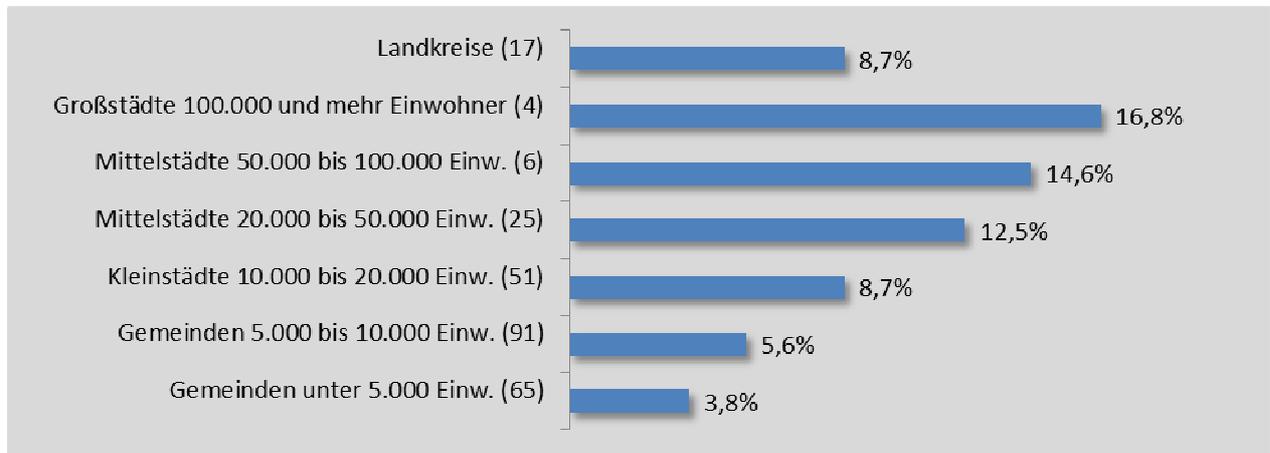


Abbildung 5: Durchschnittlicher Ausländeranteil in den an der Befragung beteiligte Kommunen nach Gemeindetyp (Datenquelle: Bevölkerungsfortschreibung zum 31.12.2011); in Klammer die Anzahl der jeweils antwortenden Kommunen eines Gemeindetyps

Es ist davon auszugehen, dass diese demographischen Rahmenbedingungen die Bedeutung der Integrationspolitik auf lokaler Ebene stark prägen können. Daher müssen die Ergebnisse der Erhebung vor diesem Hintergrund interpretiert werden. In vielen (kleineren) Gemeinden spielt Integrationspolitik keine bedeutende Rolle, da dort nur wenige Migranten leben.

3. Befragungsergebnisse

3.1 Integration als kommunale Aufgabe

Integrationspolitik ist nicht ausschließlich Sprachförderung oder Sozialarbeit – sie betrifft viele Ressorts und Handlungsbereiche einer Kommune und ist deshalb eine kommunale Querschnittsaufgabe, die auf jeder Verwaltungsebene von der Basis bis zur Führung eine Rolle spielen sollte. Deshalb begann der Fragebogen mit sieben Fragen zum Thema „Integration als kommunale Aufgabe“.

Die einleitende Frage: „**Welche Bedeutung wird in Ihrer Kommune der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund beigemessen?**“ ergab, dass dem Thema Integration in einem Drittel (34%) der Kommunen eine hohe oder sehr hohe Bedeutung zukommt. In 21% der Kommunen ist das Thema von einer mittlerer Wichtigkeit und bei 44% hat es eine eher geringe oder sehr geringe Bedeutung.

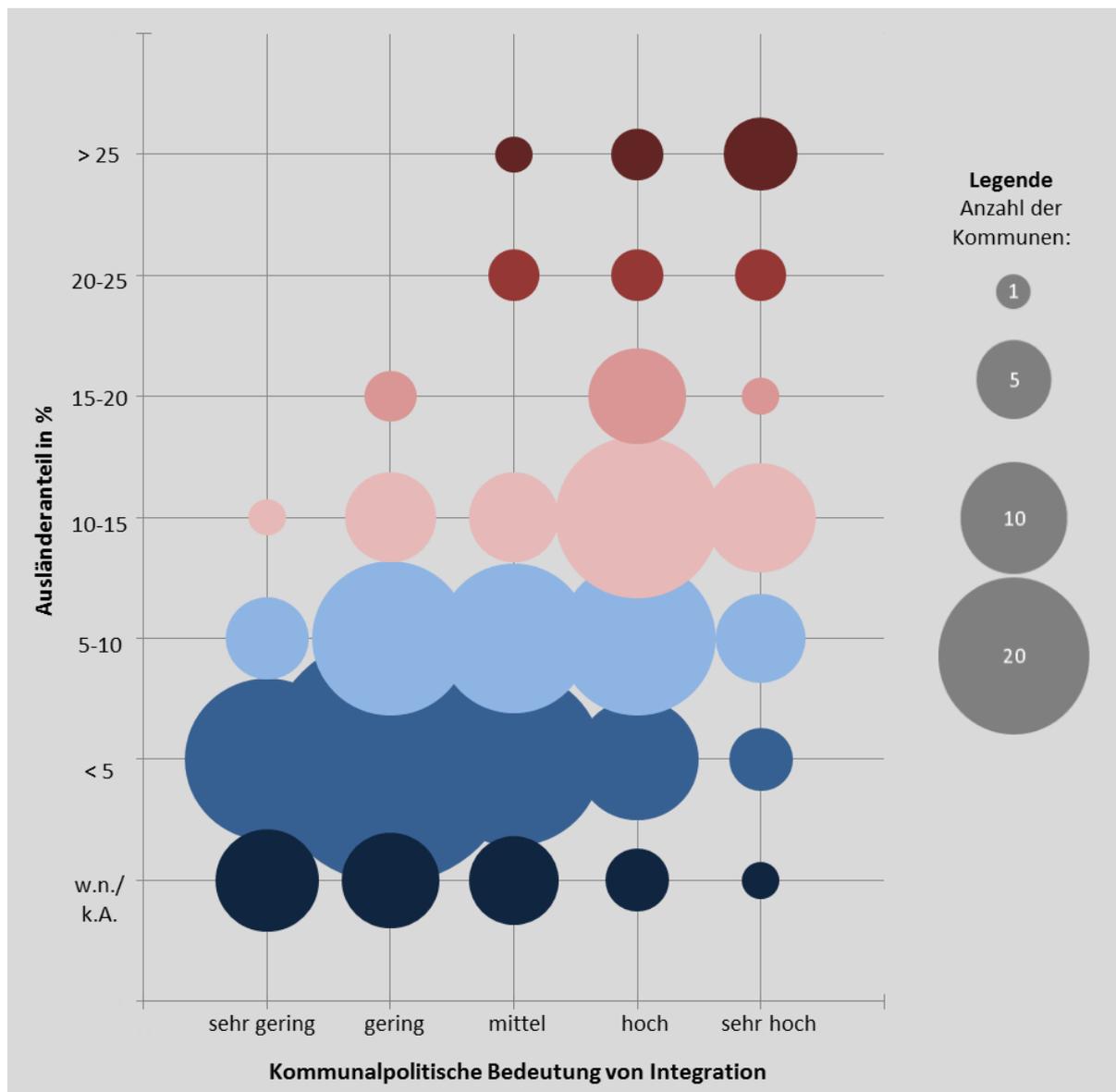


Abbildung 6: Zusammenhang zwischen Ausländeranteil und kommunalpolitischer Bedeutung von Integrationspolitik

Weiterführende Analysen zeigen, dass die Bedeutung der Integrationspolitik in direktem Zusammenhang mit dem Ausländer- bzw. Migrantenanteil steht, was schon der Rücklauf der Fragebögen verdeutlichte: Je niedriger der Ausländeranteil ist, desto geringer ist die Bedeutung der kommunalen Integrationspolitik (s. Abbildung 6).

Die Folgefrage zu den **Gründen für die geringe Bedeutung von Integrationsarbeit** bestätigt diesen Befund (s. Abbildung 7). Die am häufigsten genannte Ursache ist der geringe Anteil von Migranten (70% der Antworten), gefolgt von nicht bestehenden Konflikten zwischen Einheimischen und Migranten (66%) und nicht vorhandenen sozialräumlichen Problemlagen (54%). 49 Kommunen (36%) begründen den geringen Handlungsbedarf mit der bereits erfolgreichen Integration der Zugewanderten. Bis auf den Aspekt „mangelnde kommunale Ressourcen“ (17%) handelt es sich also bei allen genannten Gründen um „neutrale“ (d.h. nicht problembehaftete) Rahmenbedingungen.

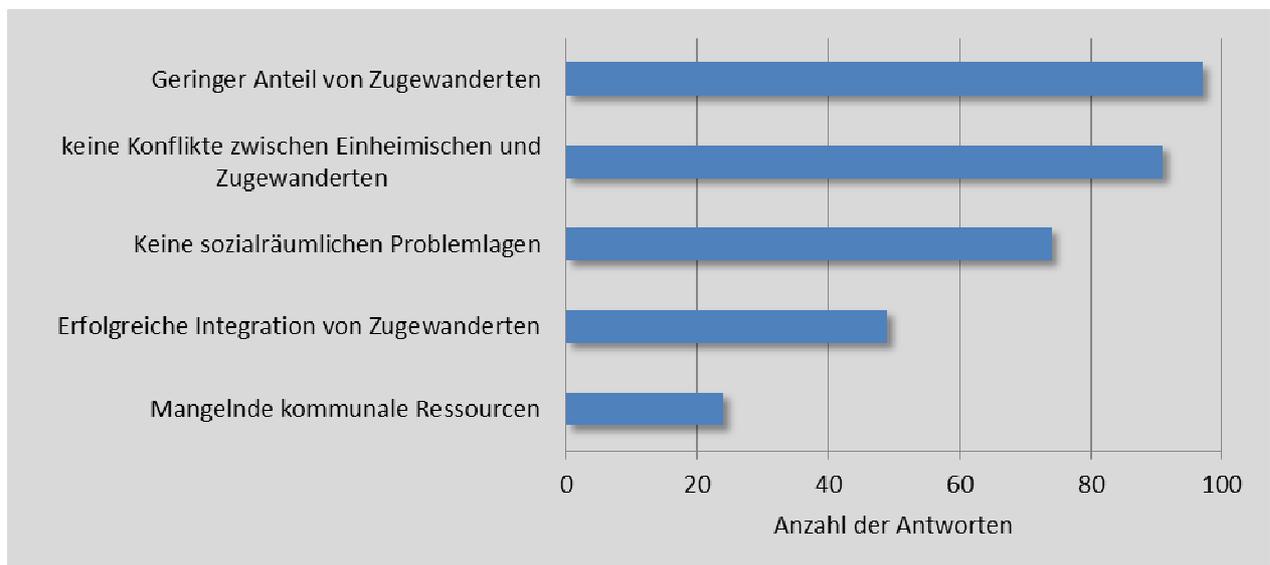


Abbildung 7: Gründe für geringe Bedeutung von Integrationsarbeit in der Kommune (Mehrfachnennungen möglich)

Auf der anderen Seite nannten die Kommunen viele **Gründe, warum Integrationsarbeit bedeutsam** ist (s. Abbildung 8), darunter am häufigsten die ungenutzten Potentiale von Zuwanderern (69% der Antworten), die demographische Entwicklung (67%) und die Vorbeugung von Konflikten (65%). Die Kommunen werden somit proaktiv tätig. Soziale und ökonomische Probleme wie negative sozialräumliche Folgen (40%), zunehmende soziale Disparitäten (26%) und Kosten mangelnder Integration (24%) spielen als Gründe eine eher sekundäre Rolle. 13 Kommunen gaben im offenen Antwortteil weitere Gründe an, hier wurde u. a. der positive gesellschaftliche Beitrag von Migranten, die Verwirklichung von Chancengleichheit und die Internationalität als Standortfaktor betont.

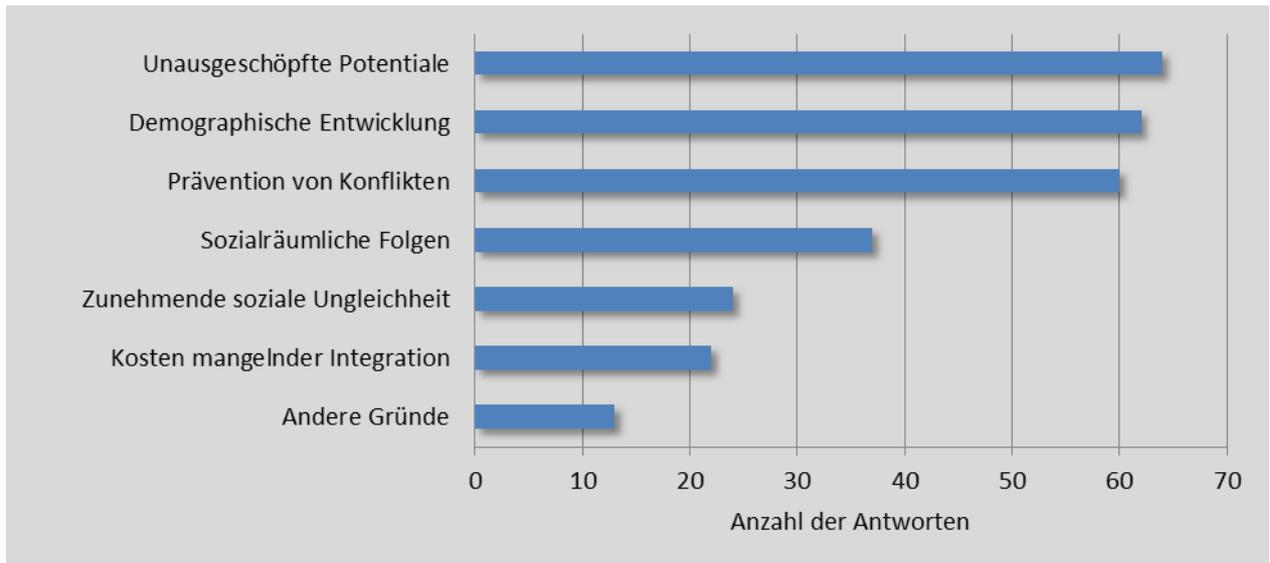


Abbildung 8: Gründe für eine hohe Bedeutung der Integrationsarbeit (Mehrfachnennungen möglich)

Die Frage, ob „**Integration als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe in der Kommunalverwaltung verankert**“ ist, bejahten 29% der Kommunen. Die institutionelle Verankerung gestaltet sich vielfältig: In 73 der an der Umfrage beteiligten Kommunen ist das Politikfeld „Integration“ als Stabsstelle beim Verwaltungschef angesiedelt. Sieben Kommunen besitzen eine eigene Integrationsabteilung bzw. ein Integrationsreferat. In den übrigen Kommunen ist das Politikfeld „Integration“ anderweitig organisiert. Interessant ist, wie vielfältig die Anbindung der integrationspolitischen Arbeit in der kommunalen Verwaltung ausgestaltet ist: Dies reicht von bestimmten Ämtern oder Fachbereichen (insbesondere für Familie, Jugend, Arbeit, Soziales) über den Ausländerbeauftragten bzw. Ausländerbeirat, eine Betreuungsstelle für Zuwanderer, das Bürgerbüro, die Ehrenamtsagentur bis hin zum Stadtentwicklungsverein.

3.2 Lokale Netzwerke

Die kommunalen Akteure sind Experten in eigener Sache und verfügen über einschlägige praktische Erfahrungen. Um zu gewährleisten, dass sowohl innerhalb der Kommune als auch überörtlich andere Initiativen und Projekte von diesen Erfahrungen profitieren, ist ein fachlicher Austausch wichtig. Es bedarf immer verantwortlicher Personen und Institutionen, um diese Vernetzung zu organisieren und zu begleiten (s. dazu auch Bundesregierung 2011: 222; Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2012b: 52ff.).

Die Aufforderung, **den Grad der Vernetzung gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Akteure zur Förderung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Kommune**“ zu bewerten, ergab ein geteiltes Meinungsbild: 38% der Kommunen beurteilen den Vernetzungsgrad als sehr gut oder gut, 29% halten ihn für zufriedenstellend. In 34% der Kommunen sind die Akteure wenig vernetzt. Zu letzteren zählen v.a. jene Kommunen, für die Integration eine geringe kommunalpolitische Bedeutung hat (s. Abbildung 9). 87% der Kommunen, in denen Integrationspolitik eine hohe Wichtigkeit zukommt, beurteilen den Vernetzungsgrad der Akteure als zufriedenstellend bis sehr gut.

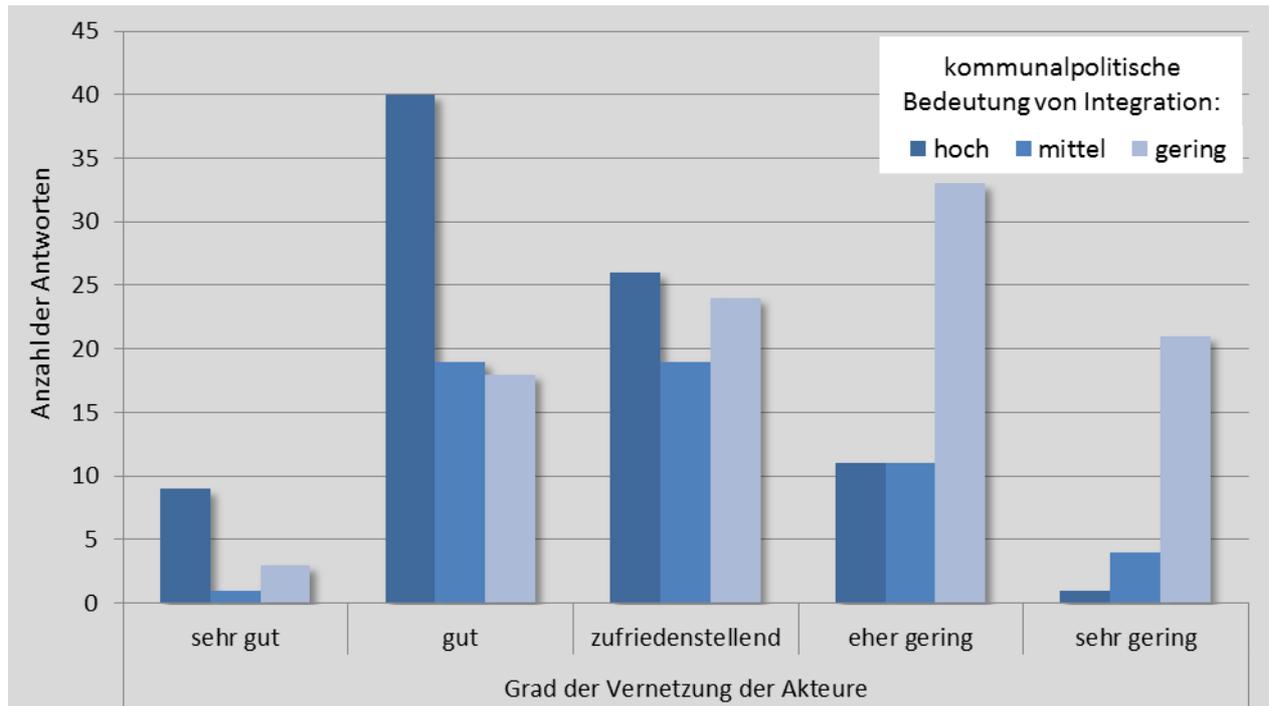


Abbildung 9: Grad der Vernetzung in den Kommunen nach kommunalpolitischer Bedeutung von Integration

Die nächste Frage bat darum, **Hindernisse zu nennen, die einer besseren Vernetzung der Akteure in der kommunalen Integrationsarbeit entgegenstehen**. 118 Kommunen beantworteten diese offene Frage. 26 von ihnen – also 22% – sehen keine Hindernisse, keine Konflikte oder keinen Handlungsbedarf (z.B. aufgrund eines geringen Ausländeranteils).

Die Faktoren, die eine bessere Vernetzung behindern, sind vielfältig. Ein zentrales Hemmnis in den befragten Kommunen ist der Mangel an personellen, finanziellen und/oder zeitlichen Ressourcen. In diesen Antwortkomplex fallen 35 Antworten (30% aller antwortenden Kommunen), wobei der Mangel an finanziellen Ressourcen besonders oft (14mal) angeführt wird.

Ein weiteres Hindernis scheint in Kommunikations- und Koordinationsschwierigkeiten zu liegen. Probleme aus diesem Antwortkomplex werden 20mal genannt, darunter: fehlende Koordinationsstelle/Ansprechpartner, unklare Zuständigkeiten, schwierige Kontaktpflege mit Migranten und gegenseitiges „Nicht-Kennen“. Fünfmal werden explizit Sprachprobleme erwähnt.

Häufig stehen heterogene Interessenlagen einer Vernetzung entgegen; dieser Aspekt wird in verschiedener Ausgestaltung 18mal genannt. Die Rede ist von mangelndem Interesse bzw. Engagement (einerseits von Migranten, andererseits von Kommunalpolitikern) bzw. von gegenläufigen Interessen der Akteure.

34% der Kommunen haben besondere **Anstrengungen unternommen, um eine bessere Vernetzung der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Akteure in diesem Handlungsfeld zu fördern**. Aus den Antworten kann ein umfangreicher Katalog an Vernetzungsaktivitäten abgeleitet werden. 38mal wird explizit der Einsatz eines bzw. einer verstärkte Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat/-beauftragten genannt. 18 Kommunen organisieren themenbezogene Veranstaltungen (z.B. Feste, Vorträge, Konferenzen, Workshops). In 18 Fällen wurden Ar-

beitskreise, Arbeitsgruppen u. ä. gebildet. 9 Kommunen bemühen sich um eine intensivere Zusammenarbeit mit Vereinen und Migrantenselbstorganisationen.

In jeder fünften Kommune gibt es bereits eine **Arbeitsstruktur bzw. ein Netzwerk, das langfristig aufgestellt ist und über Einzelprojekte hinausgeht**, wobei die Existenz einer solchen Struktur stark von der Einwohnerzahl abhängt: In allen an der Befragung teilnehmenden (Groß-) Städten ab 50.000 Einwohnern besteht ein derartiges Netzwerk, unter den Landkreisen sind es 79%. Zwei Drittel der Städte mit 10.000 bis 50.000 Einwohnern besitzen eine langfristige Arbeitsstruktur, während sich nur in 14 % der Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern ein solches Netzwerk entwickelt hat.

3.3 Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

Kommunale Integrationspolitik ist ohne eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung nicht denkbar. Es geht dabei um strukturelle Veränderungen, die auf den Abbau von Hemmschwellen und Diskriminierungen gerichtet sind und einen gleichberechtigten Zugang aller Bürger zu den Angeboten und Leistungen der Verwaltung ermöglichen. Die Konkretisierung der interkulturellen Öffnung hat viele Facetten, wobei die Erhöhung des Beschäftigtenanteils mit Migrationshintergrund einen wesentlichen Baustein bildet (s. dazu Bundesregierung 2011: 212; Handschuck/Schröer 2012; Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2012b: 39ff.)

22% der befragten Gemeinden messen der **interkulturellen Öffnung der Verwaltung** eine hohe Bedeutung zu, 33% eine mittlere und 46% eine geringe Wichtigkeit. Wie schon bei anderen Fragen zeigt sich auch hier ein deutlicher Zusammenhang mit der Gemeindegröße (vgl. Abbildung 10): Mit abnehmender Einwohnerzahl sinkt auch die die Bedeutung der interkulturellen Öffnung der Verwaltung in der Einschätzung der Befragten.

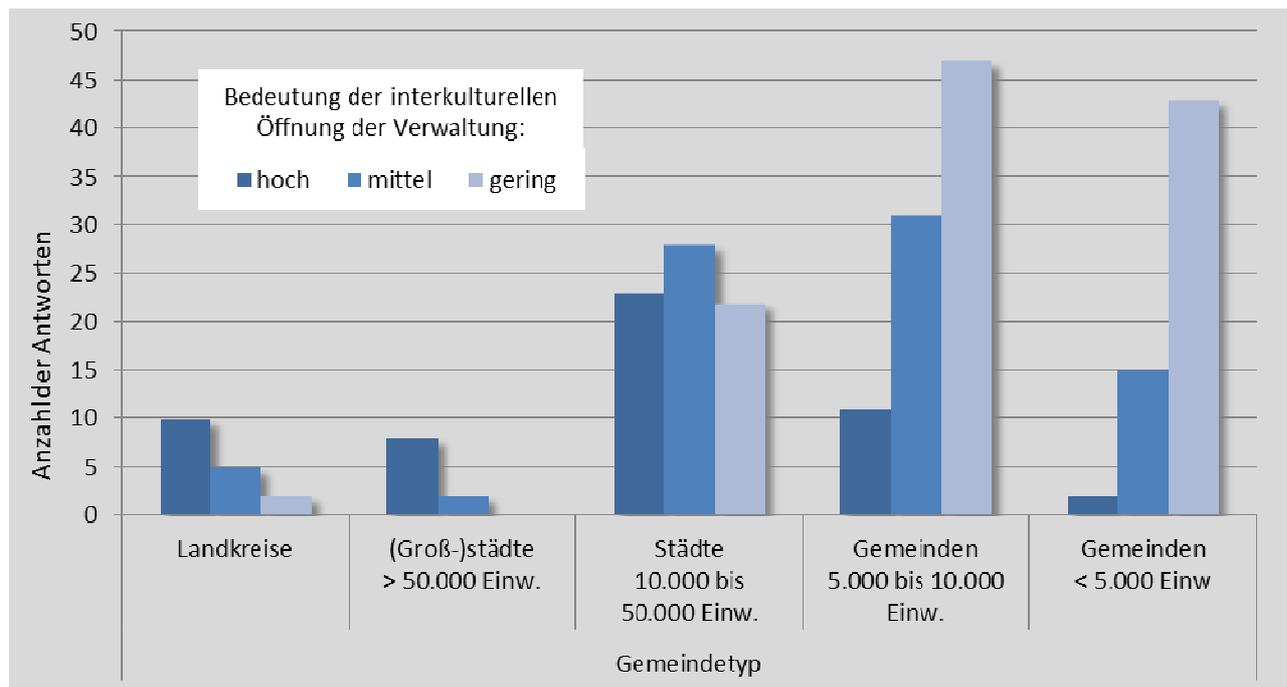


Abbildung 10: Kommunalpolitische Bedeutung der interkulturellen Öffnung der Verwaltung nach Gemeindetyp

Ein wichtiger Ansatzpunkt zur Förderung der interkulturellen Öffnung der Verwaltung ist, mehr Personen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst einzustellen. Dies gestaltet sich angesichts der angespannten Haushaltslage vieler Kommunen jedoch als problematisch: Das mit Abstand am häufigsten genannte **Hindernis** ist die geringe Zahl von Neueinstellungen (s. Abbildung 11). Diesen Grund erwähnen 75% aller Kommunen, die die Frage beantworteten (180 Nennungen). Jede zweite merkt an, dass es wenige Bewerber mit Migrationshintergrund gebe (120 Nennungen bzw. 50%). Eigenschaften der Bewerber wie mangelnde formale Qualifikation oder fehlende Sprachkenntnisse spielen eine eher untergeordnete Rolle.

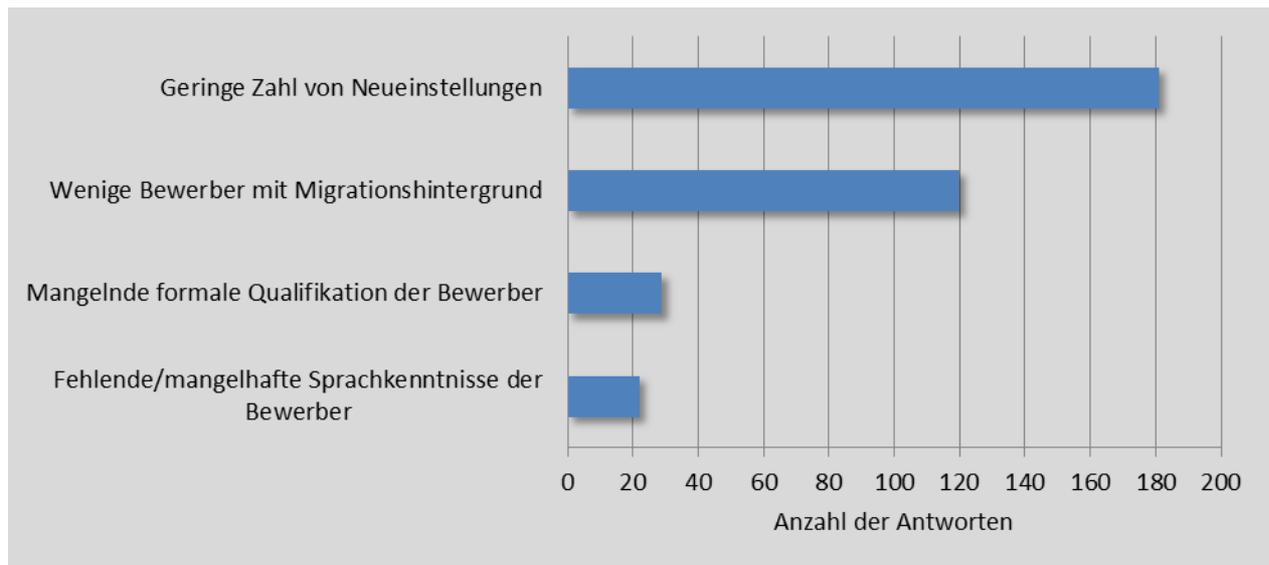


Abbildung 11: Hindernisse einer weiteren interkulturellen Öffnung der Verwaltung (Mehrfachnennungen möglich)

14% der Kommunen unternehmen **besondere Anstrengungen, um den Anteil von Personen mit Migrationshintergrund in den Verwaltungen zu erhöhen**, z. B. indem sie vermehrt Auszubildende mit diesem Hintergrund einstellen oder entsprechende Hinweise in Stellenanzeigen aufnehmen.

Konkrete **Maßnahmen, um die interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter in der Verwaltung zu stärken**, unternimmt fast jede fünfte (18%) hessische Kommune, insbesondere in Form von speziellen Fortbildungen/Seminaren (32mal genannt).

Der von den Kommunen geschätzte **Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund in ihrer Kommunalverwaltung** lag bei rund 5%, wobei jede vierte Kommune keine Angabe machte oder machen konnte. 31% der antwortenden Kommunen gaben einen Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund von 0% an. Diese hatten bis auf zwei Ausnahmen alle weniger als 10.000 Einwohner.

3.4 Partizipation und bürgerschaftliches Engagement

In einer modernen Bürgergesellschaft spielen persönliches und organisiertes ehrenamtliches Engagement eine wichtige Rolle zur Umsetzung von Bürgerinteressen, aber auch um staatliche Aufgaben zu realisieren, für die keine ausreichenden Ressourcen (mehr) zur Verfügung stehen.

Zu den Formen bürgerschaftlichen Engagements zählen politische und soziale Aktivitäten sowie die Betätigung in Vereinen, Verbänden, religiösen Gemeinschaften oder öffentlichen Funktionen. Die Partizipation von Migranten zeigt den Willen und die Bereitschaft, sich an der Gestaltung des Gemeinwesens und der Aufnahmegesellschaft aktiv zu beteiligen.

In fast jeder dritten Kommune (28%) existiert nach eigenen Angaben eine **institutionelle Form der Interessensvertretung von Menschen mit Migrationshintergrund** (z.B. Ausländerbeirat, Integrationsrat), wobei sich je nach Gemeindegröße deutliche Unterschiede beobachten lassen (s. Tabelle 2): In allen befragten Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern ist eine solche Interessensvertretung vorhanden. Unter den Städten mit 10.000 bis 50.000 Einwohnern haben 66% eine derartige Institution, während lediglich eine Gemeinde mit weniger als 5.000 Einwohnern die Existenz einer solchen Interessensvertretung angibt.

Gemeindetyp	Kommunen, in denen es eine institutionelle Form der Interessensvertretung von Menschen mit Migrationshintergrund gibt	
	Anzahl	Anteil an allen befragten Kommunen dieses Gemeindetyps
(Groß-)städte ab 50.000 Einwohner	10	100%
Städte 10.000 bis 50.000 Einwohner	49	66%
Gemeinden 5.000 bis 10.000 Einwohner	6	7%
Gemeinden unter 5.000 Einwohner	1	2%
Landkreise	8	47%
Gesamt	74	29%

Tabelle 2: Institutionelle Form der Interessensvertretung von Menschen mit Migrationshintergrund nach Gemeindetyp

In fast allen Kommunen handelt es sich bei dieser Interessensvertretung um einen Ausländerbeirat. Vereinzelt werden auch andere Formen wie z.B. ein Integrationsbeirat oder Integrationslotsen genannt. Meistens wird das Gremium durch Urwahl gebildet (72% der Antworten), seltener im Wege einer Benennung durch die Kommunalvertretung oder auf andere Weise.

98 (39%) der befragten Kommunen haben **besondere Anstrengungen** unternommen, **um das freiwillige Engagement von, für und mit Migranten zu unterstützen und zu fördern**. Die Maßnahmen sind vielfältig, z. B. Aus- und Fortbildung von Lotsen, Lotsenvermittlung, Beratung oder finanzielle Unterstützung von Vereinen sowie Maßnahmen zur Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements (z. B. Verleihung von Ehrenamtskarten).

Rund jede fünfte hessische Kommune (22%) **fördert die Selbstorganisation von Menschen mit Migrationshintergrund**⁹. Beispielweise werden Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt, Frauentreffs initiiert und Migrantenorganisationen finanziell oder zumindest ideell unterstützt.

⁹ S. dazu auch Bundesregierung (2011: 215). Einen Überblick über Migrantenorganisationen in Hessen bietet: Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (Hrsg.) (2011b).

Die nächste Frage thematisiert noch einmal die Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund: **„Hat Ihre Kommune besondere Anstrengungen unternommen, um Menschen mit Migrationshintergrund (und hierunter insbesondere Frauen) stärker an den Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen in den unterschiedlichsten Bereichen des sozialen und politischen Lebens zu beteiligen?“** Dies bejahen 57 Kommunen (23%). Beteiligungsformen sind v.a. Ausländerbeiräte (17 Nennungen) und Kommissionen/Foren/Arbeitsgruppen (13 Nennungen). Spezielle Angebote für Frauen werden 21mal genannt, z.B. Müttertreffs, Sprachkurse und Frauenfrühstück.

In der aktuellen integrationspolitischen Debatte ist häufig die Rede von der Notwendigkeit eines Perspektivwechsels vom Defizit- zum Potenzialansatz. Entsprechend zielt die folgende Frage auf die Nutzung des Potenzials der Migranten: **„Hat Ihre Kommune besondere Anstrengungen unternommen, um die Kompetenzen der Zuwanderer integrationspolitisch zu nutzen?“**. 57 Kommunen bestätigen dies. Sie nennen hier vor allem Lotsen (23 Antworten), Multiplikatoren/Mediatoren (10 Antworten) sowie Mitarbeit im Bereich Schule/Kita/Elternförderung (7 Antworten).

Bei allen Instrumenten zur Förderung von Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement ergibt sich das übliche Gefälle mit Blick auf die Gemeindegröße und den damit einhergehenden Migrantenanteil (s. Abbildung 12). In fast jeder Stadt mit über 50.000 Einwohnern werden alle fünf genannten Aktivitäten durchgeführt, während in Gemeinden unter 10.000 Einwohnern nur wenige Angebote existieren. Maßnahmen, die das freiwillige Engagement von/für/mit Migranten unterstützen, sind generell am weitesten verbreitet.

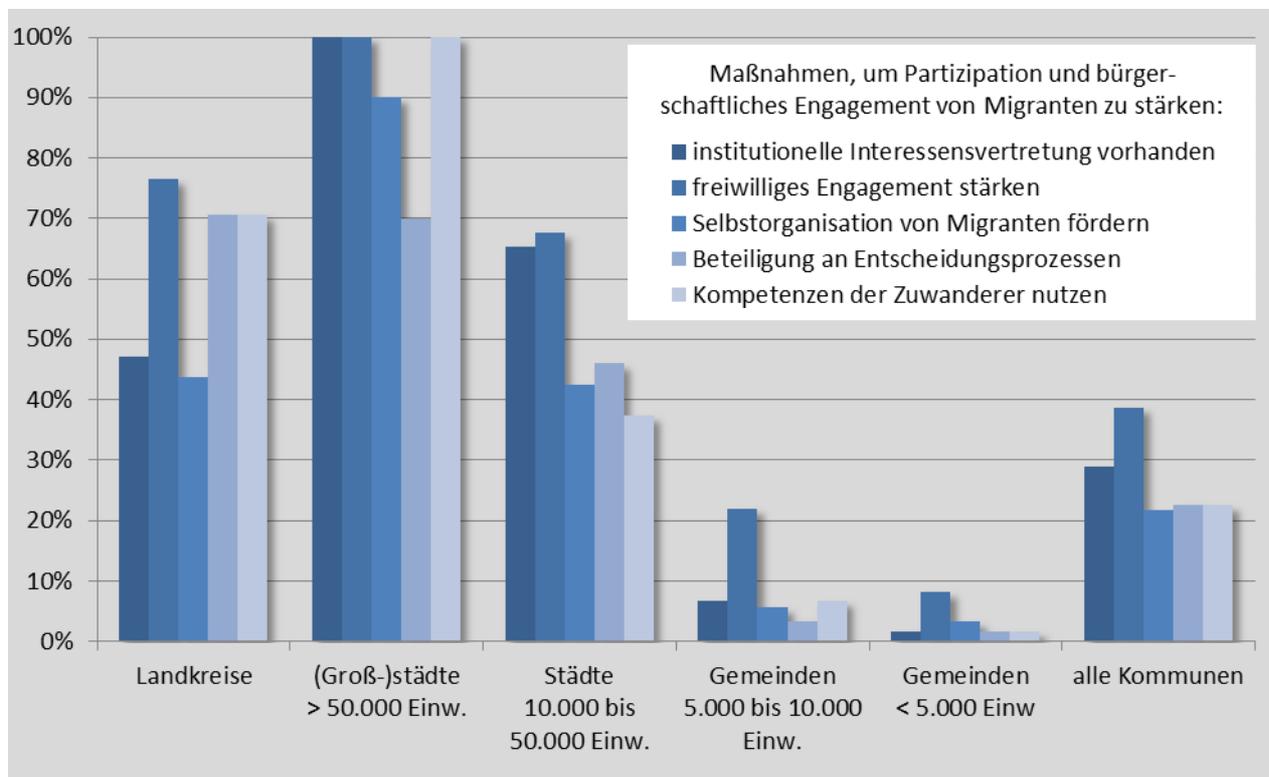


Abbildung 12: Durchführung von Maßnahmen zur Stärkung der Partizipation und des bürgerschaftlichen Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund nach Gemeindetyp

3.5 Sprache und Bildung

Das Erlernen der deutschen Sprache und der sichere Umgang mit ihr ist der Schlüssel des Zugangs zu den Institutionen der Aufnahmegesellschaft, vor allem zu Bildungssystem und Arbeitsmarkt. Als eine zentrale Voraussetzung für den schulischen und beruflichen Erfolg und damit für die gesellschaftliche Integration ist Sprache – und darauf aufbauend Bildung – eines der grundsätzlichen Handlungsfelder integrationspolitischer Bemühungen.

Der Fragebogen fokussiert zunächst auf Integrationslotsen und anderen Maßnahmen, die den Zugang zu Bildungsangeboten erleichtern sollen. Fast jede zweite Kommune (47%) setzt **Lotsen oder andere Fördermaßnahmen ein, um Zuwanderer bei der Wahrnehmung von staatlichen Bildungsangeboten zu unterstützen bzw. zu diesen hinzuführen**. Dies geschieht insbesondere in den Bereichen Kita (78% der Antworten), Schule (56%) sowie Eltern (48%; s. Abbildung 13).

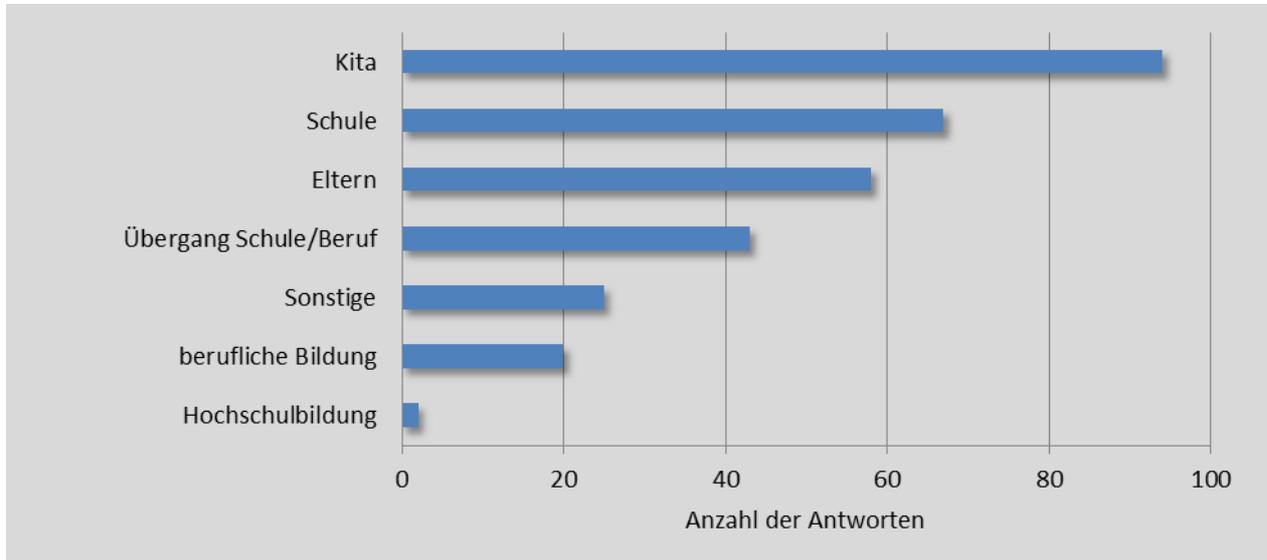


Abbildung 13: Einsatzfelder von Lotsen und anderen Förderungsaktivitäten im Bereich „Sprache, Bildung“ (Mehrfachnennungen möglich)

Als konkrete Maßnahmen werden am häufigsten Sprachkurse bzw. Sprachförderung in Kindertagesstätten genannt (42 Antworten, darunter 7mal „Mama lernt Deutsch“-Kurse). Acht Kommunen bieten Hausaufgabenbetreuung bzw. Nachhilfe an, vier Kommunen erwähnen das Projekt „frühstart“, welches Kinder mit Migrationshintergrund durch Sprachförderung in Kindergärten unterstützt.

In 57% der Kommunen, die Lotsen oder andere Fördermaßnahmen anbieten, sind die **kommunalen Angebote mit denen des Bundes und der Länder verknüpft**. Als Beispiele werden zahlreiche Förderprogramme des Bundes (z.B. das Programm Soziale Stadt oder die Kurse des BAMF) sowie des Landes Hessen – wie das Programm Modellregionen Integration oder OloV¹⁰ – genannt. Die Nachfrage, worin **Hindernisse der Vernetzung mit Bund- und Länderangeboten**

¹⁰ Die hessenweite Strategie OloV steht für: "Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen" und ist ein zentrales Thema des Hessischen Paktes für Ausbildung. Durch Kooperation und Koordination der Ausbildungsmarkt-Akteure sollen Jugendliche beim Übergang von der Schule zum Beruf unterstützt werden.

liegen, ergibt kein eindeutiges Meinungsbild. Achtmal werden personelle bzw. finanzielle Engpässe angeführt.

3.6 Berufliche Integration

Ein zentraler Aspekt der Integration ist die Einbeziehung in das Erwerbssystem, denn Arbeit ist die Voraussetzung für die Erzielung eines eigenen Einkommens, das ein unabhängiges Leben bieten sollte. Wie der Hessische Integrationsmonitor (Hessisches Ministerium der Justiz, für Europa und Integration 2010: 57ff.) und aktuelle Arbeitsmarktdaten zeigen, ist die Position von Personen mit Migrationshintergrund im Erwerbssystem tendenziell weniger günstig als die von Personen ohne Migrationshintergrund. Unterstützungsmaßnahmen können – zum Teil auch auf kommunaler Ebene – Migranten den Zugang zu den notwendigen Qualifikationen und zum Arbeitsmarkt erleichtern.

43 Kommunen geben an, dass sie **als Träger von Aufgaben nach dem SGB II die berufliche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund fördern**. Der Maßnahmenkatalog ist vielfältig, er reicht von der Beratung bei Bewerbungen und Arbeitsplatzsuche über Workshops für Arbeitslose mit Migrationshintergrund bis hin zu Maßnahmen für Jugendliche bzw. Azubis. Einige Kommunen verweisen auf das Jobcenter oder die Kreisverwaltung.

3.7 Sozialräumliche Integration

In aller Regel variieren die Migrantenanteile und kulturellen Hintergründe der Bewohner in den Vierteln einer Stadt und den Gemeinden eines Landkreises. Insofern stehen die Stadtteile und Orte vor unterschiedlichen sozial- und integrationspolitischen Herausforderungen (s. dazu Bundesregierung 2011: 218f.).

Über **Orte bzw. Sozialräume mit Integrationsdefiziten** berichten 49 Kreise und Gemeinden. Diese manifestieren sich meist in Form von Stadtquartieren mit hohem Migrantenanteil, z.T. mit sozialem Wohnungsbau. Einige Kommunen benennen auch explizit bestimmte Viertel.

Insgesamt 97 Kommunen nutzen **Instrumente, um benachteiligte Quartiere bzw. Sozialräume zu stärken, die Identifikation mit dem Quartier zu verbessern und das Zusammenleben zwischen den Bevölkerungsgruppen zu fördern**. Am häufigsten sind niedrighschwellige soziale und kulturelle Angebote (s. Abbildung 14) gefolgt von Netzwerkbildung, Bewohnerbeteiligung sowie Förderungsprogramme (z. B. des Europäischen Sozialfonds oder das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“).

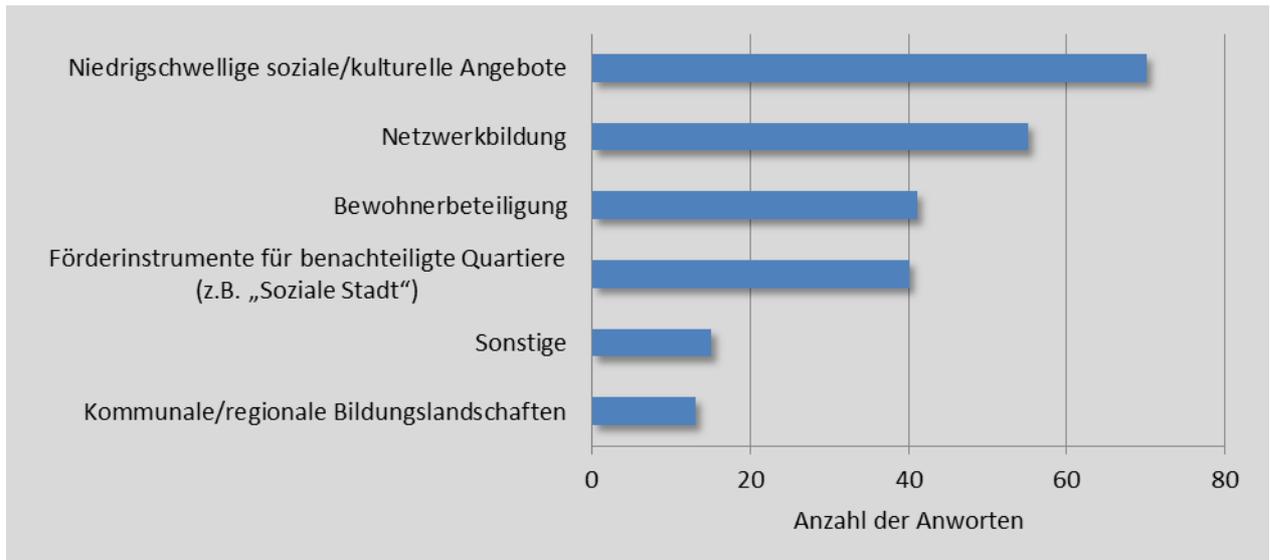


Abbildung 14: Nutzung von Instrumenten zur Stärkung benachteiligter Sozialräume (Mehrfachnennungen möglich)

51 Kommunen nennen praktische Beispiele, wie sie benachteiligte Sozialräume stärken, darunter jeweils 7mal die Einrichtung von Stadtteiltreffen (z.B. Frauenfrühstück, Jugendzentrum, „Nachbarschaftshaus“) und Stadtteilster. Acht Angebote richten sich speziell an Jugendliche mit Migrationshintergrund. In einigen Kommunen wurde ein Quartiersmanagement bzw. -büro in den betroffenen Stadtteilen einrichtet. Auch die aktive Bürgerbeteiligung in Stadtteilforen und an runden Tischen scheint sich zu verbreiten.

3.8 Förderung lokaler ethnischer Ökonomie

Unter ethnischer Ökonomie wird die „selbstständige Erwerbstätigkeit von Personen mit Migrationshintergrund (...) und abhängige Beschäftigung von Migranten in von Personen mit Migrationshintergrund geführten Betrieben verstanden, die in einem spezifischen Migrantenmilieu verwurzelt sind“ (Deutsches Institut für Urbanistik 2004: 15). Die Selbständigkeit ist ein wichtiger Weg für Migranten in die Erwerbstätigkeit. Außerdem generieren ethnische Ökonomien Investitionen und Arbeitsplätze.

Über die Beschäftigung und die Wertschöpfung in ethnischen Ökonomien ist augenblicklich wenig bekannt. Auch auf kommunaler Ebene besteht kaum Wissen über Ausmaß und Potenziale der ethnischen Ökonomie. Nur 12% der antwortenden Kommunen bewerten das **Potenzial der ethnischen Ökonomien** als hoch. 40% schreiben den ethnischen Ökonomien auf der lokalen Ebene ein mittleres und 48% ein geringes Potenzial zu.

58 Kommunen setzen **Instrumente ein, um das Potenzial der ethnischen Ökonomien für den kommunalen Wirtschaftsstandort zu nutzen**, darunter insbesondere zur Förderung des Bewusstseins in Bevölkerung und Verwaltung (44 Nennungen). Ferner erfolgt eine stärkere Berücksichtigung der ethnischen Ökonomie im Rahmen kommunaler Wirtschaftsförderungskonzepte (9 Nennungen) sowie teilweise die Entwicklung spezifischer Konzepte zur Förderung der ethnischen Ökonomie (7 Nennungen).

3.9 Engagement für Vielfalt und Toleranz

Integration ist ein zweiseitiger Prozess, an dem sowohl die Zugewanderten als auch die Mitglieder der Aufnahmegesellschaft beteiligt sind. Doch läuft dieser Prozess nicht immer reibungslos ab. Die Sensibilität für jegliche Form von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung ist sehr wichtig, denn Benachteiligungen und Diskriminierungen von Zugewanderten haben eine integrationsfeindliche Wirkung.

In 52% der befragten hessischen Kommunen hat die **Stärkung des Engagements gegen Fremdenfeindlichkeit eine sehr hohe oder hohe kommunalpolitische Bedeutung** (s. Abbildung 15). Weitere Analysen zeigen, dass das Engagement gegen Rassismus nicht mit dem Ausländeranteil in der jeweiligen Kommune zusammenhängt. Das Thema ist auch in vielen Gemeinden wichtig, in denen nur wenige Migranten leben.

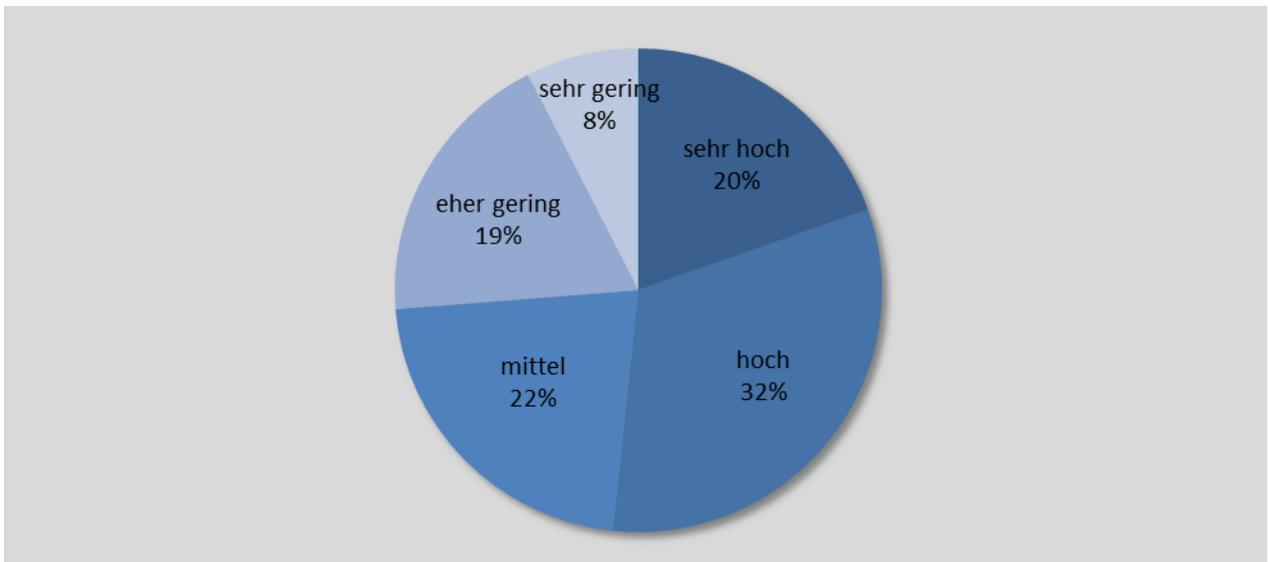


Abbildung 15: Kommunalpolitische Bedeutung der Stärkung des Engagements gegen Fremdenfeindlichkeit

197 Kommunen beantworteten die Frage: „**Was unternimmt Ihre Kommune, um Vielfalt und Toleranz zu fördern und Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen?**“. 64% der antwortenden Kommunen unterstützen die Partizipation von Kindern und Jugendlichen, 56% fördern vielfältige Begegnungs- und Kooperationsmöglichkeiten, 51% versuchen, die demokratische Kultur zu stärken. 39% unterstützen die örtlichen Netzwerke für Vielfalt und Toleranz, 23% interreligiöse Initiativen (s. Abbildung 16).

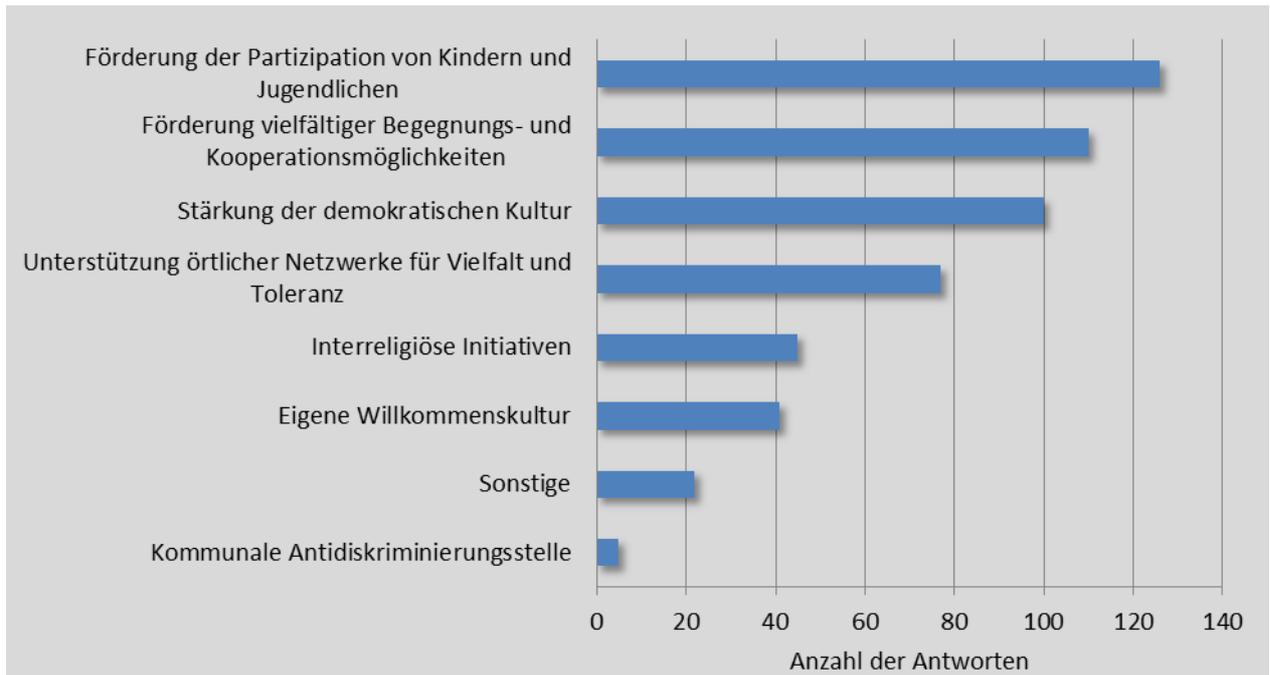


Abbildung 16: Kommunale Aktivitäten zur Förderung von Vielfalt und Toleranz und zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit (Mehrfachantworten möglich)

Bei der offenen Frage nach konkreten Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit nennen insgesamt 103 Kommunen eine Fülle von Aktivitäten. Sie reichen von der Aufklärungsarbeit mit Jugendlichen (34 Nennungen) über interkulturelle Feste (12 Nennungen) und die Zusammenarbeit mit (Sport-)Vereinen (11 Nennungen) bis hin zu interreligiösen Dialogen und anderen von kirchlichen Institutionen organisierte Aktivitäten (11 Fälle). Weiterhin werden Städtepartnerschaften, Einbürgerungsempfänge und Beteiligung an Gedenkfeiern, Friedensmärschen usw. erwähnt.

3.10 Information und Evaluation

Integrationspolitische Maßnahmen können nur greifen, wenn sie der Zielgruppe überhaupt bekannt sind. Es muss also zentrales Anliegen der Kommunen sein, über die verschiedenen integrativen Angebote zielgruppenspezifisch zu informieren. Gleichzeitig ist es sinnvoll, die Integrationsaktivitäten möglichst vollständig zu erfassen, zu systematisieren und zu dokumentieren und – soweit hierfür Ressourcen zur Verfügung stehen – zu evaluieren, also einer Erfolgskontrolle zu unterziehen.

Die Erhebung zeigt, dass Kommunen verschiedene **Informationskanäle** nutzen: 69% der antwortenden Kommunen bewerben die örtlichen Integrationsangebote über Faltblätter und Broschüren, 63% über das Internet. 25% nennen weitere Verbreitungsformen wie Pressearbeit (z.B. auch im Gemeindeblatt) und direkte Ansprache vor Ort.

Abbildung 17 zeigt, welche **Instrumente** Kommunen **zur Dokumentation, Evaluation und Optimierung der lokalen Integrationsaktivitäten** verwenden. Am weitesten verbreitet sind die interne Evaluation von Projekten und Maßnahmen (38 Nennungen) sowie Bedarfserhebungen (25 Nennungen, z.B. eine Erhebung des Ausländeranteils in den örtlichen Kindergärten) und Integra-

tionsberichte (24 Nennungen). Bei externen Evaluierungen und Integrationsmonitoring besteht noch deutliches Ausbaupotential.

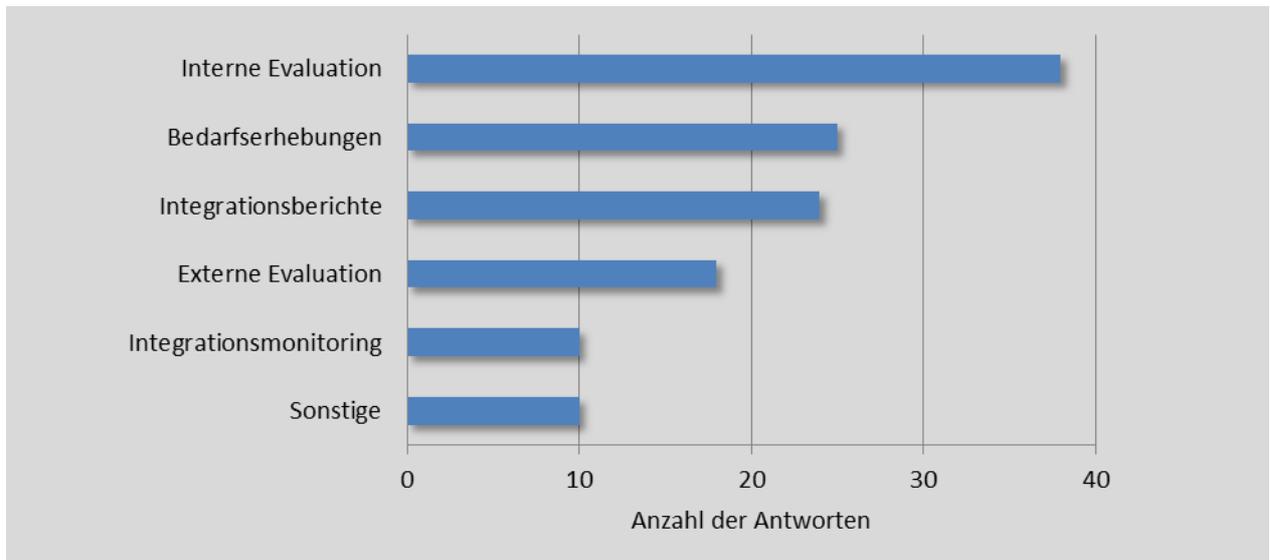


Abbildung 17: Aktivitäten zur Dokumentation und Evaluation kommunaler Integrationsanstrengungen (Mehrfachantworten möglich)

3.11 Überörtliche Bezüge zum kommunalen Integrationsgeschehen

Kommunale Integrationspolitik ist oftmals in einen übergeordneten regionalen Rahmen eingebettet, z.B. in Förderprogramme des Bundes und der Länder. Abgesehen von der finanziellen Unterstützung besteht großes Synergiepotential, da viele Kommunen vor ähnlichen Integrationsherausforderungen stehen.

35% der antwortenden hessischen Kommunen **kennen die Empfehlungen der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände zur Integration vor Ort im Rahmen des nationalen Integrationsplans.**¹¹

Die **Programme und Initiativen des Landes haben eine etwas größere Bedeutung als die des Bundes.** Für 45% der Befragten sind die Integrationsprogramme des Landes Hessen sehr hilfreich oder hilfreich, die des Bundes für 37% der antwortenden Kommunen. Generell sinkt die Bedeutung mit abnehmender Einwohnerzahl – und implizit mit sinkendem Migrantenanteil – wie in Abbildung 18 deutlich ersichtlich:

¹¹ Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände setzt sich im Nationalen Integrationsplan für die Entwicklung kommunaler Gesamtkonzepte und -strategien ein und empfiehlt (Bundesregierung 2011: 27):

1. Der Integration eine hohe kommunalpolitische Bedeutung beizumessen
2. Integration als ressortbergreifende Aufgabe in der Kommunalverwaltung zu verankern und ihrer Bedeutung entsprechend anzusiedeln
3. Kommunale Gesamtstrategien, die den jeweiligen örtlichen Bedürfnissen angepasst sind, zu entwickeln und fortzuschreiben.

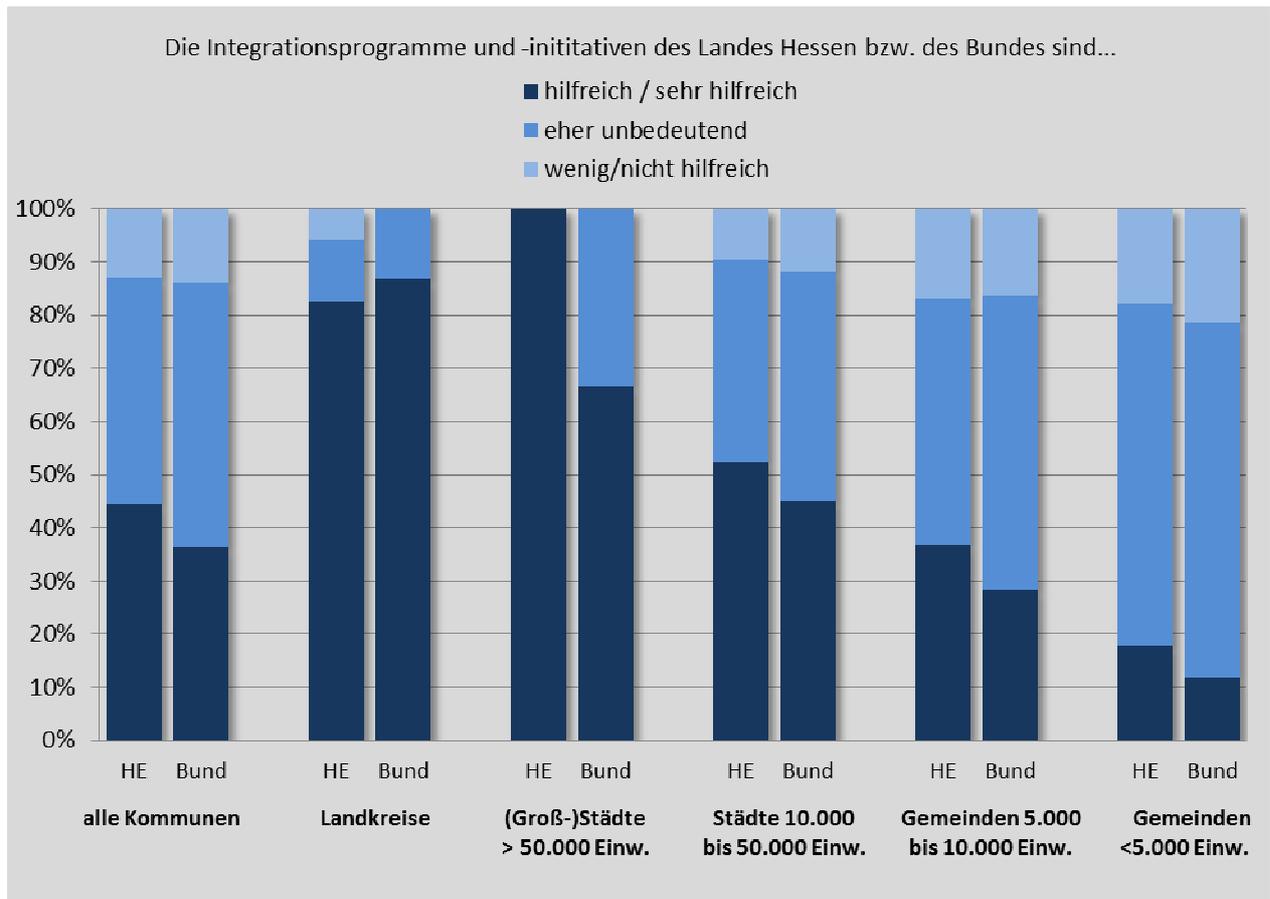


Abbildung 18: Bedeutung der Programme und Initiativen des Landes Hessen bzw. des Bundes für die kommunalen Integrationsanstrengungen

Fünf Kommunen erwähnen bei den offenen Angaben das hessische Förderprogramm „Modellregionen Integration“. Zehn Gemeinden äußern, dass aufgrund des niedrigen Ausländeranteils kein Bedarf bestehe. Einige kritisieren, dass die Förderprogramme auf große Kommunen zugeschnitten seien und nicht den ländlichen Raum berücksichtigten.

Die offenen Fragen „**Welche Rahmenbedingungen auf Landesebene könnten dazu beitragen, kommunale Integrationsprozesse stärker zu befördern?**“ bzw. „**Was könnte bzw. sollte der Bund tun, um kommunale Integrationsprozesse stärker zu befördern? Wo sehen Sie besonderen Unterstützungsbedarf?**“ ergeben ein vielfältiges Spektrum an Vorschlägen, die in Abbildung 19 thematisch zusammengefasst sind. An erster Stelle steht die Forderung nach finanziellen Mitteln (37 Nennungen beim Bund; 31 beim Land). Insbesondere der Bund sollte Bürokratie abbauen (z. B. durch vereinfachten Zugang zu Integrationskursen, mehr Transparenz bei der Vergabe von Fördermitteln) und Sprachkurse intensivieren (diesbezüglich wurde 6mal das BAMF erwähnt). Land und Bund sollten den Bereich frühkindliche Bildung und Schule stärker fördern und die Vernetzung/Beratung/Kommunikation verbessern. Einige Kommunen wünschen gesetzliche Änderungen (Integrationsarbeit als kommunale Aufgabe verankern, kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger, Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen, Pflicht zum Besuch von Kindertagesstätten).

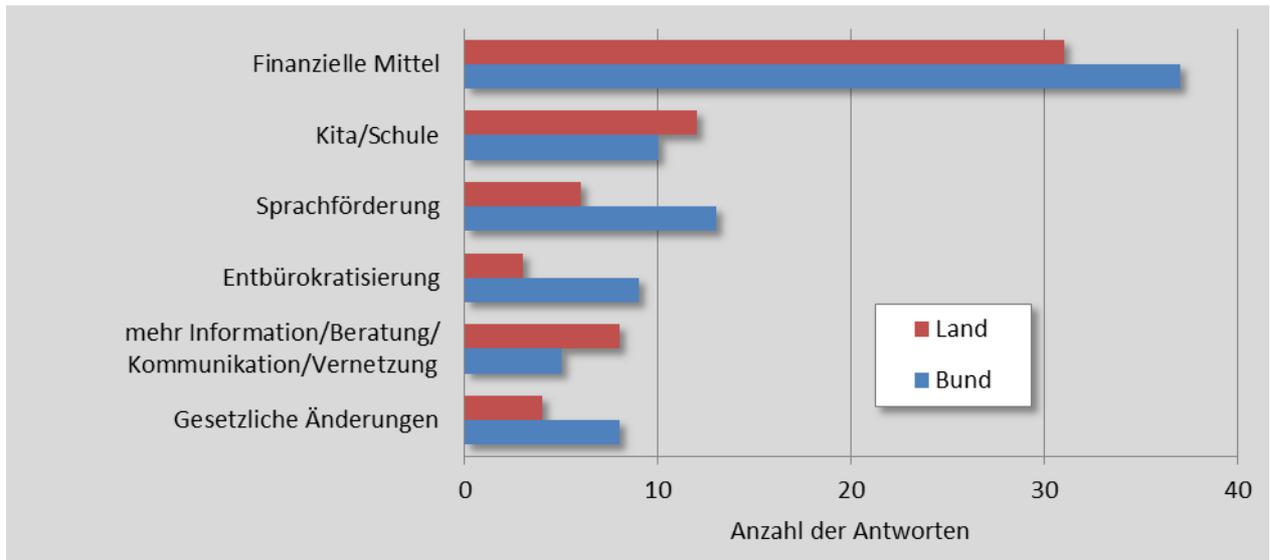


Abbildung 19: Wie könnte das Land bzw. der Bund kommunale Integrationsprozesse stärker befördern? (offene Frage)

Die Kommunen nutzen eine Vielzahl an **überörtlichen Netzwerken und Programmen** (s. Abbildung 20). 37 Kommunen geben an, von Programmen des Europäischen Sozialfonds zu profitieren, 35 vom Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“. Netzwerke von Städten, Gemeinden sowie Landkreisen werden 33mal genannt und Maßnahmen des BAMF 31mal. Ein ähnliches Meinungsbild ergab die Frage „**Welche Programme sind für Sie besonders wichtig?**“. Die vier eben genannten Programme sind für die Kommunen am wichtigsten, und zwar in folgender Reihenfolge: Förderprogramm „Soziale Stadt“, Maßnahmen des BAMF, Programme des ESF und Netzwerke von Kommunen.

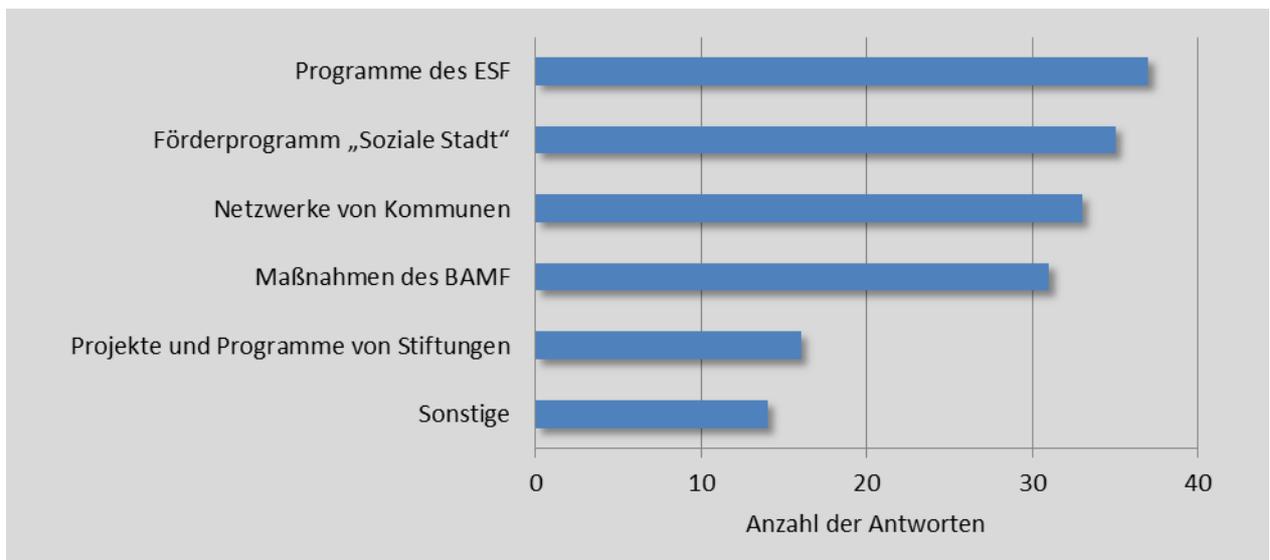


Abbildung 20: Beteiligung der Kommunen an überörtlichen Netzwerken, Programmen und Wettbewerben (Mehrfachantworten möglich)

3.12 Selbsteinschätzung zur kommunalen Integrationspolitik

Abschließend wurde in zwei offenen Fragen eine Selbsteinschätzung der Stärken und Schwächen der kommunalen Integrationspolitik erbeten. 125 Kommunen beantworteten die Frage „**Wo sehen Sie die größten Barrieren für eine gelungene lokale Integration?**“. Die Antworten lassen sich in folgende Themenkomplexe zusammenfassen (s. Abbildung 21):

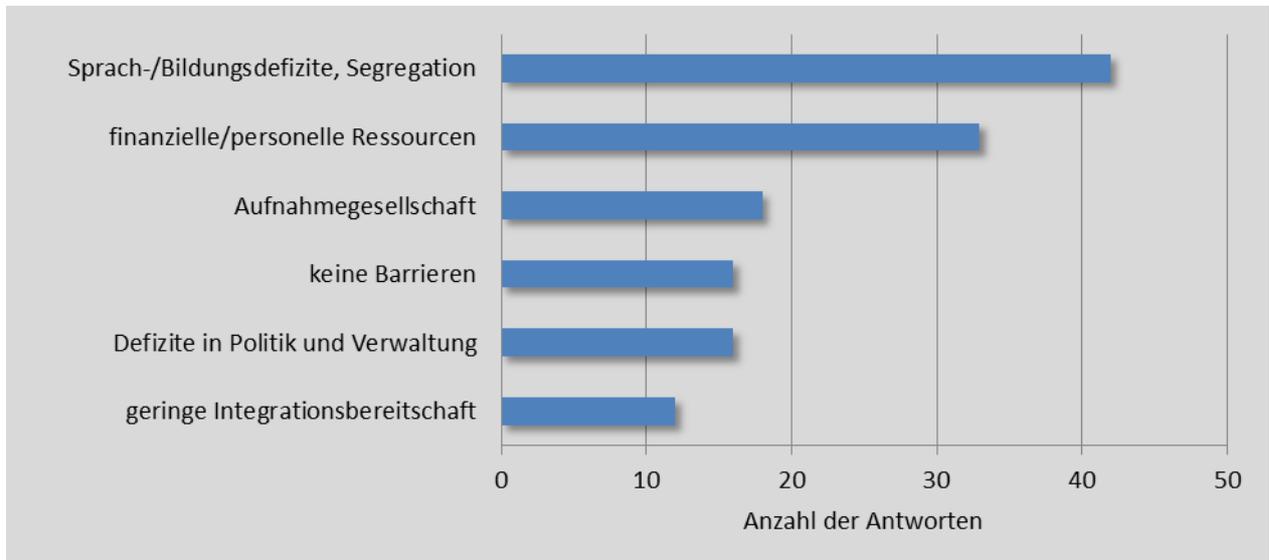


Abbildung 21: „Wo sehen Sie die größten Barrieren für eine gelungene lokale Integration?“ (offene Frage, teilweise mehrere Bereiche genannt)

Viele Antworten thematisieren **Defizite bei den Migranten**. Hier werden vor allem die nicht ausreichenden deutschen Sprachkenntnisse (33 Antworten) sowie das oftmals niedrige Bildungsniveau aufgeführt. Einige Male wird auf eine Segregation der Zugewanderten sowie mangelnde Erreichbarkeit hingewiesen. Weitere 12 Kommunen beobachten eine geringe Integrationsbereitschaft bzw. geringes Interesse von Seiten der Migranten.

Wie schon bei anderen Fragen beklagen 33 Kommunen die **mangelnden finanziellen/personellen Ressourcen**: beschränkte Haushaltsmittel, Personalknappheit oder die fehlende Kompetenz für die integrationspolitischen Aufgaben. Punktuell wird auch ein geringes ehrenamtliches Engagement bedauert. Moniert wird ferner eine große Unübersichtlichkeit an Trägern und die kurzfristige Anlage mancher Projekte.

Defizite auf Seiten der Aufnahmegesellschaft (18 Nennungen) beziehen sich auf Vorurteile gegenüber den Zugewanderten und fehlende Willkommenskultur. In einer Kommune sei die Bevölkerung sehr „konservativ, sehr katholisch“, was eine Barriere für einen fortschreitenden Integrationsprozess zu sein scheint. Auch eine andere Kommune beklagt die „geringe Offenheit der Aufnahmegesellschaft“, eine weitere kritisiert, dass es in der Bevölkerung „kein Verständnis für andere Sitten und Bräuche“ gäbe. Ein zusätzliches Manko sei die mangelnde Bereitschaft von Vereinen und anderen Organisationen, Migranten aufzunehmen.

Ein weiterer Punkt umfasst **Defizite in Politik und Verwaltung** (16 Antworten). In einer Kommune fehlt es an einem „breiten Bewusstsein für die Notwendigkeit, Integrationsprozesse aktiv zu gestalten“, eine andere Kommune bemängelt die „Kommunikation zwischen Verwaltung, Politik

und Bürgerschaft“. In einer dritten Kommune steht Integration „nicht im Fokus der politischen Mehrheiten“, eine vierte Kommune beklagt eine „Polemik in der Debatte um die Integrationspolitik, die mangelnde Akzeptanz und die mangelnde Anerkennung der Vielfalt“. Eine „politische Instrumentalisierung des Themas Integration“ kennt auch eine weitere Kommune. Aus einer Kommune kommt die Rückmeldung über die – offenbar als negativ empfundene – „Medienberichterstattung, die mangelnde interkulturelle Öffnung von Institutionen, den Defizitblick und die noch fehlende Willkommenskultur“.

Schließlich sehen 16 der antwortenden Kommunen keine Probleme und keine Barrieren für eine gelungene Integration.

Die Frage „**Welche Integrationsanstrengungen Ihrer Kommune betrachten Sie als besonders gelungen?**“ wurde 108mal beantwortet. Demnach existieren In Hessen vielfältige Integrationsmaßnahmen, die als erfolgreich wahrgenommen werden und Mut machen (s. Abbildung 22):

Am häufigsten wurden gelungene Maßnahmen im Bereich **Kinder- und Jugendarbeit** genannt (41 Antworten), z.B. Hausaufgabenhilfe, ein „Spielplatz der Nationen“, „Mutter-Kind-Spielgruppen“, eine „aufsuchende Elternschule“, „Unterstützungsangebote in Kindertagesstätten, Jugendhaus und weiterführenden Schulen“ oder die Einführung des Projekts „Deutsch für den Schulstart“. Eine Kommune lobt das „Engagement von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der kommunalen Jugendarbeit“.

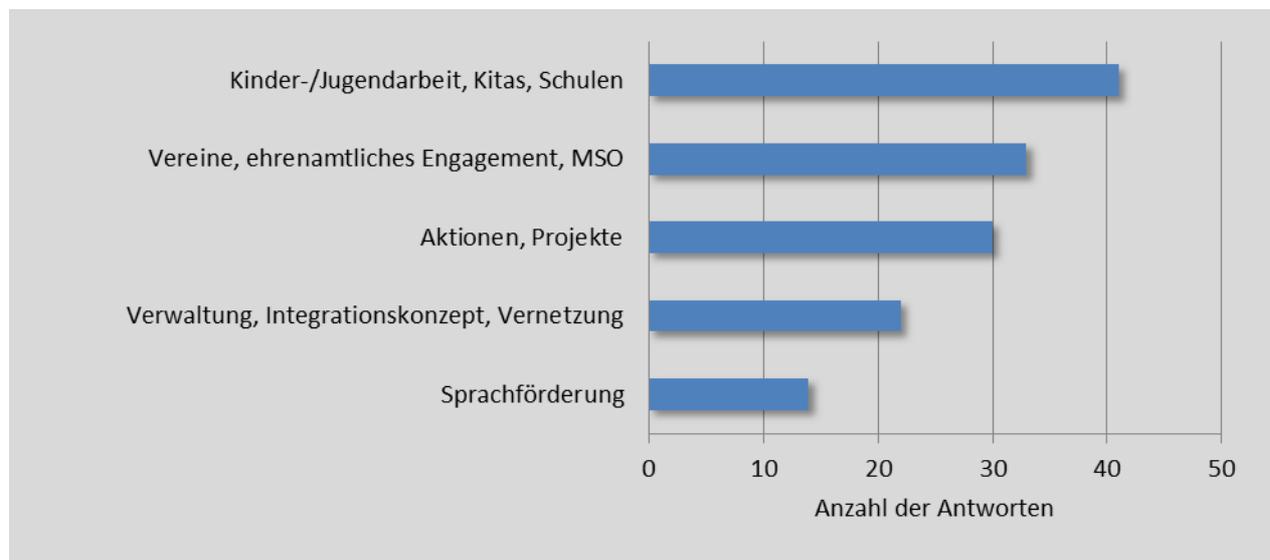


Abbildung 22: „Welche Integrationsanstrengungen Ihrer Kommune betrachten Sie als besonders gelungen?“ (offene Frage, teilweise mehrere Bereiche genannt)

Eine wichtige Rolle spielt das **ehrenamtliche Engagement** z.B. in Vereinen oder als Lotsen/Multiplikatoren (33 Nennungen). Mitunter wird auch die interkulturelle Öffnung von Vereinen als gelungen angesehen. In fünf Fällen wird die positive Kooperation mit Migrantenselbstorganisationen betont („gute Zusammenarbeit mit türkischen Vereinen/Verbänden“).

30 Kommunen heben spezifische **Projekte, Aktionen** oder (inzwischen) verstetigte Maßnahmen als gelungen hervor, z. B. innerhalb der Programme „Soziale Stadt“ oder „Modellregionen Integration“ aber auch wirkungsvolle niedrigschwellige Aktionen wie gemeinsames Kochen und

multikulturelle Feste. Insgesamt entsteht der Eindruck, dass gerade die Dauerhaftigkeit und Verstetigung von Projekten zur Integrationsförderung beiträgt.

In manchen Kommunen sind sich die Akteure einig, dass Integrationspolitik eine „Querschnittsaufgabe“ ist. Auch ein „partiübergreifender Konsens“, die Verabschiedung eines **Integrationskonzepts** oder von Leitlinien zur Integrationspolitik werden als „gelingen“ beschrieben. Erfreulich ist zudem die Schaffung von Personalstellen für die Integrationsarbeit. Als positiv werden auch die Bildung von Netzwerken sowie die gute Zusammenarbeit der verschiedenen Verwaltungsebenen bezeichnet.

Weitere 14 Kommunen bezeichnen die **Sprachförderung**, insbesondere in Kindertagesstätten und für Mütter, als erfolgreich. Drei Kommunen in Nordost-Hessen heben die gelungene **Integration von (Spät-)Aussiedlern** in den 1980er bzw. 1990ern Jahren hervor.

Besonders positiv ist folgende zurückgemeldete Quintessenz: „Das Zusammenleben funktioniert reibungslos, ein kultureller Austausch findet statt, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist gewährleistet, es besteht eine gelungene Integrationsförderung“.

4. Zusammenfassung

Insgesamt ergibt die Befragung eine umfassende Darstellung der kommunalen Integrationspolitik in Hessen. Die vergleichenden Abbildungen 23 und 24 zeigen, welche Handlungsfelder wie häufig besetzt sind. Dafür wurden exemplarisch die Ergebnisse von ein bis drei Schlüsselfragen aus jedem Handlungsfeld dargestellt: Je weiter rechts die Kurve verläuft, desto höher der Anteil der Kommunen, die die entsprechende Frage mit bzw. „ja“ bzw. „hohe/sehr hohe Bedeutung“ beantworteten.

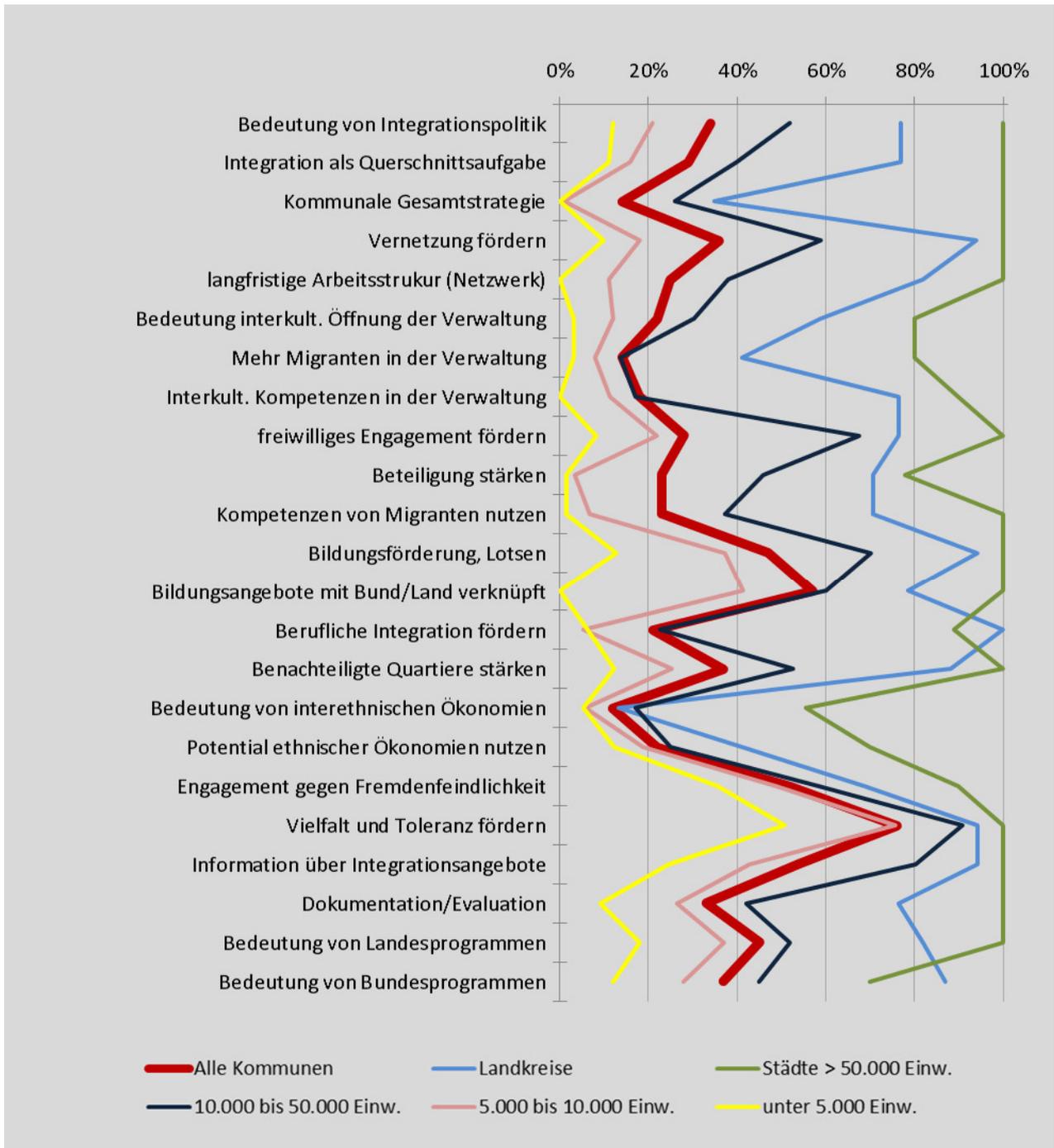


Abbildung 23: Besondere integrationspolitische Anstrengungen der Kommunen nach Handlungsfeldern und Gemeindetyp (Anteil der Antworten „hohe/sehr hohe Bedeutung“ bzw. „ja“)

Dabei sind einige der in Kap. 2.1 genannten Themen stärker besetzt als andere (s. Abbildung 23, rote Linie): In den Handlungsfeldern „Sprache und Bildung“ sowie „Engagement für Vielfalt und Toleranz“ sind besonders viele Integrationsmaßnahmen angesiedelt. Hingegen spielen ethnische Ökonomien, die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und die berufliche Förderung von Migranten bislang eine eher untergeordnete Rolle.

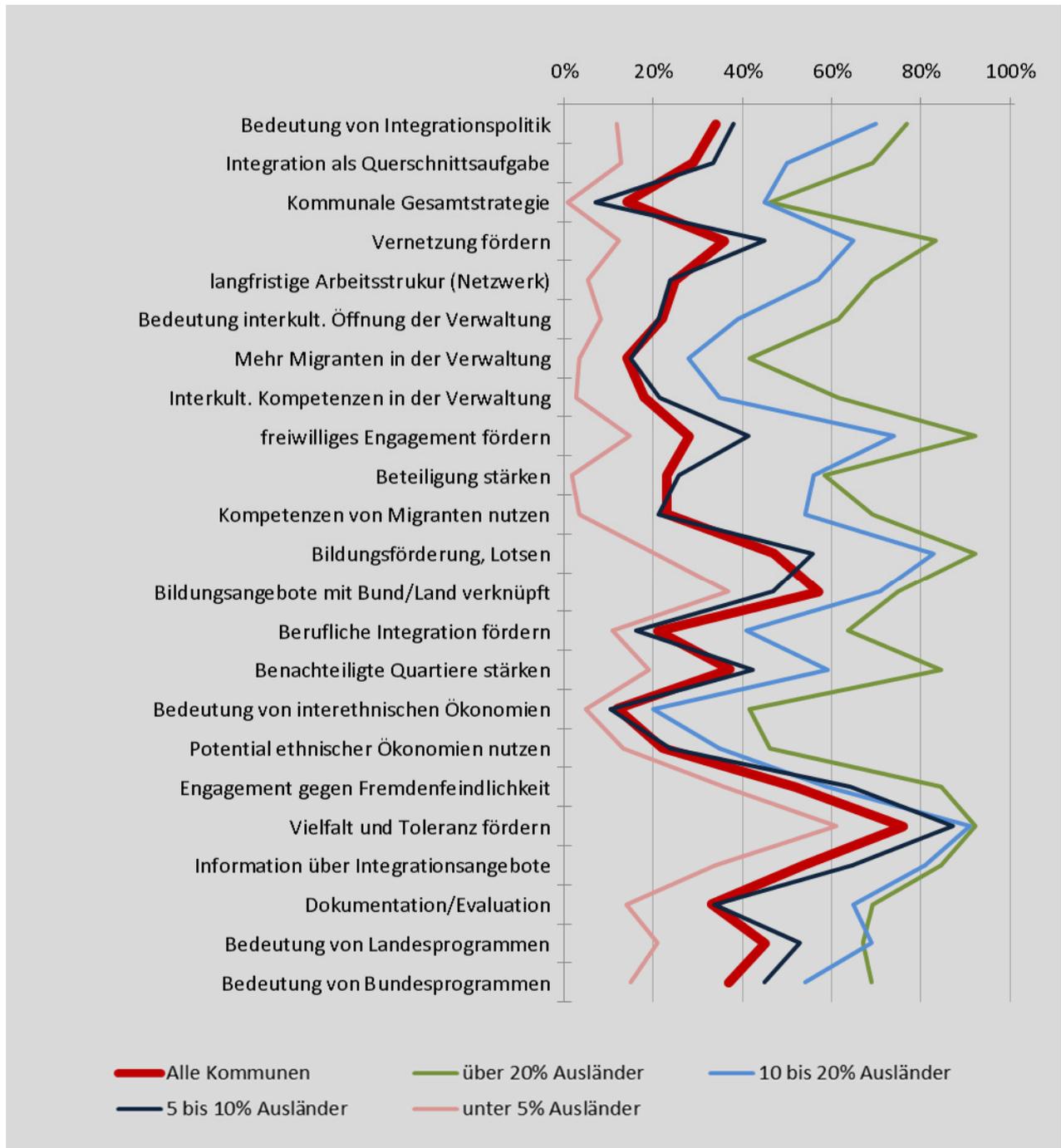


Abbildung 24: Besondere integrationspolitische Anstrengungen der Kommunen nach Handlungsfeldern und Ausländeranteil (Anteil der Antworten „hohe/sehr hohe Bedeutung“ bzw. „ja“). Als Indikator wurde statt dem Migrantenanteil der Ausländeranteil verwendet, da bei Kommunen ohne Angabe der Ausländeranteil aus der Bevölkerungsfortschreibung zum 31.12.2011 übernommen werden konnte.

Wie bereits angesprochen, hängt die Relevanz von Integrationspolitik deutlich von der Einwohnerzahl und vom Ausländeranteil in der jeweiligen Kommune ab (s. Abbildungen 23 und 24). In Zeiten knapper Kassen ist es nachvollziehbar, dass gerade in ländlichen, kleinen Gemeinden mit niedrigem Ausländeranteil Integrationsmaßnahmen keine Priorität besitzen. Dagegen sind in den Städten ab 50.000 Einwohnern fast alle Handlungsfelder besetzt (s. Abbildung 23, hellblaue Linie).

Vergleicht man Abbildung 23 und 24, so fällt auf, dass die Linien in Abbildung 24 (Gliederung nach Ausländeranteil) relativ ähnlich verlaufen, nur auf unterschiedlich hohem Niveau, wohingegen sie in Abbildung 23 (Gliederung nach Gemeindetyp) teilweise divergieren. Der Ausländeranteil beeinflusst also die Wichtigkeit aller Handlungsfelder gleichermaßen, während es je nach Gemeindetyp und Verwaltungsstruktur z.T. auch unterschiedliche Schwerpunkte gibt. Beispielsweise fördern die Kreise besonders häufig die Vernetzung und die berufliche Integration. In Kleinstädten (5.000 bis 10.000 Einwohner) finden die meisten Integrationsanstrengungen in den Bereichen Bildung sowie „Vielfalt und Toleranz“ statt.

Neben den demographischen Gegebenheiten bestimmen weitere exogene Faktoren die kommunale Integrationspolitik, beispielsweise die fehlenden Ressourcen oder speziell bei der interkulturellen Öffnung der Verwaltung eine geringe Anzahl sowohl von Stellenausschreibungen als auch von Bewerbern mit Migrationshintergrund.

Auf der anderen Seite sind es oftmals endogene Faktoren in einer Kommune, die integrationspolitische Maßnahmen vorantreiben, z.B. ehrenamtliches Engagement oder eine gute Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen, Ausländerbeauftragten und anderen Institutionen. Insbesondere bei der Kinder- und Jugendarbeit werden viele Integrationsangebote als gelungen empfunden.

Beim Antwortverhalten fällt zudem positiv auf, dass die offenen Fragen häufig sehr ausführlich beantwortet wurden. Viele Befragte nutzten die hier Möglichkeit, eigene Ideen zu erläutern. Dies zeigt Expertise und Engagement für das Thema.

Zusammenfassend lässt sich eine sehr heterogene kommunale Integrationspolitik in Hessen beobachten. Auf der einen Seite gibt es viele kleine Gemeinden mit niedrigem Migrantenanteil, in denen Integrationspolitik nicht im Fokus steht. Auf der anderen Seite stehen größere Städte und Landkreise mit hohem Migrantenanteil, in denen ein breites Spektrum an Integrationsmaßnahmen existiert und weiter ausgebaut wird.

Wichtig ist für viele Kommunen die Einbindung in Förderprogramme des Bundes und des Landes. Mehrere Antwortende betonen, dass ohne die damit verbundene finanzielle und fachliche Unterstützung viele Integrationsmaßnahmen nicht möglich wären.

Die Ergebnisse decken sich auch mit den Kernbotschaften der Bundesstudie zum Stand der kommunalen Integrationspolitik:

- Immer mehr Kommunen machen Integration zur „Chefsache“. Damit erhält die Zukunftsaufgabe Integration den Stellenwert, der dem Thema gerecht wird.
- Integration wird zunehmend als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung verankert - von der Altenhilfe bis zur Kinderbetreuung. Dadurch kommt es zu einer stärkeren Vernetzung

der Akteure vor Ort – Integrationsangebote können so effektiver und passgenauer vermittelt werden.

- Notwendig ist ein Paradigmenwechsel von der Projektförderung hin zum Regelangebot. Das sichert die nachhaltige Förderung der Integration vor Ort. Die integrationspolitisch wichtigen Aufgaben müssen also von den Regeldiensten übernommen und diese dafür interkulturell geöffnet werden. Erfolgreich erprobte Modelle müssen damit fest in den Strukturen verankert werden.

Das Land Hessen hat mit dem Landesprogramm Modellregionen Integration genau diesen Weg beschritten. Hier hat sich gezeigt, dass eine partnerschaftliche Kooperation zwischen den verschiedenen Handlungsebenen möglich ist. Die in der vorliegenden Befragung geäußerten Anregungen hessischer Kommunen nach einer stärkeren Kooperation und Vernetzung mit dem Land, aber auch mit anderen Kommunen ist über dieses Programm erfolgreich erprobt worden.

5. Literatur

- Bommes, Michael (2009b):** Die Rolle der Kommunen in der bundesdeutschen Migrations- und Integrationspolitik. In: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.) (2009): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. Wiesbaden, S. 89-110.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2012):** Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland. Berlin. http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/IB/2012-05-04-kommunalstudie.pdf?__blob=publicationFile
- Bundesregierung (2011):** Nationaler Aktionsplan Integration: Zusammenhalt stärken – Teilhabe verwirklichen. Berlin. http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/IB/2012-01-31-nap-gesamt-barrierefrei.pdf?__blob=publicationFile
- Deutsches Institut für Urbanistik (2004):** Ethnische Ökonomie: Integrationsfaktor und Integrationsmaßstab. Berlin.
- Handschuck, Sabine/Schröer, Hubertus (2012):** Interkulturelle Orientierung und Öffnung. Theoretische Grundlagen und 50 Aktivitäten zur Umsetzung. Augsburg.
- Filsinger, Dieter (2002):** Die Entwicklung der kommunalen Integrationspolitik und Integrationspraxis der 90er Jahre. In: Migration und Soziale Arbeit, 24. Jg., H. 2, S. 13-20.
- Filsinger, Dieter (2009):** Entwicklung, Konzepte und Strategien der kommunalen Integrationspolitik. In: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.) (2009b), S. 279-296.
- George, Uta (2011):** Kommunale Integrationspolitik im Hochtaunuskreis – eine hessische Modellregion für Integration. In: Migration und Soziale Arbeit, H. 4, S. 318-324.
- Gesemann, Frank/Roth, Roland (2009a):** Kommunale Integrationspolitik in Deutschland – Einleitende Bemerkungen. In: dies. (Hrsg.) (2009a), S. 11-32.
- Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.) (2009b):** Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. Wiesbaden.
- Gesemann, Frank/Roth, Roland (2010):** Kommunale Integrationspolitik in Deutschland: Erfolgsbedingungen und Herausforderung. In: Migration und Soziale Arbeit, H. 3-4, S. 185-193.
- Gissendanner, Scott Stock (2011):** Kommunale Integrationspolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 7-8, S. 39-46.
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2009):** Jörg-Uwe Hahn: „Modellregionen Integration sind Motor für eine wegweisende und erfolgreiche Integrationspolitik in Hessen.“ Pressemitteilung vom 09.10. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2010):** Integration nach Maß – Der Hessische Integrationsmonitor 2010. Wiesbaden. http://www.hmdj.hessen.de/irj/HMdJ_Internet?cid=2584d92839e6ceccf2e807fee7d04f8b.
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2011a):** Meinungsbilder. Zur Wahrnehmung von Zuwanderung und Integration in Hessen 2011. Wiesbaden. http://www.hmdj.hessen.de/irj/HMdJ_Internet?uid=560612d7-34da-031f-012f-31e2389e4818
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (Hrsg.) (2011b):** Migrantenorganisationen in Hessen – Motivation und Hinderungsgründe für bürgerschaftliches Engagement. Wiesbaden. http://www.integrationskompass.de/global/show_document.asp?id=aaaaaaaaaacfvv.
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2012a):** Integrationspolitik der Hessischen Landesregierung. Wiesbaden. http://www.hmdj.hessen.de/irj/HMdJ_Internet?cid=ac1c56ec745e8663f52cb563d0a39a23
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2012b):** Integration – wie geht das? Zugehörigkeit schaffen durch KIM – Kommunales Integrationsmanagement. Wiesbaden. http://www.integrationskompass.de/global/show_document.asp?id=aaaaaaaaaacxau
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2013):** Pressemitteilung (im Erscheinen).
- Hessisches Sozialministerium (2007a):** Land und Kommunen – Hand in Hand für eine gute Integration. Leitlinien und Handlungsempfehlungen für kommunale Integrationsprozesse in Hessen. In Kooperation mit dem Hessischen Städtetag, dem Hessischen Städte- und Gemeindebund und dem Hessischen Landkreistag. Wiesbaden. <http://www.kreise-fuer-integration.de/mat-leitlinien.pdf>
- Hessisches Sozialministerium (2007b):** Land und Kommunen – Hand in Hand für eine gute Integration. Anhang 2. In Kooperation mit dem Hessischen Städtetag, dem Hessischen Städte- und Gemeindebund und dem Hessischen Landkreistag. Wiesbaden.
- Reichwein, Alfred (2009):** Kommunales Integrationsmanagement – Ansätze für eine strategische Steuerung der Integrationsarbeit. In: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.) (2009b), S. 297-307.
- Roth, Roland (2009):** Integration durch politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement. In: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.) (2009b), S. 195-216.
- Roth, Roland (2010):** Kommunale Integrationskonzepte auf dem Prüfstand. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung 3, S. 126-130. http://www.desi-sozialforschung-berlin.de/?page_id=16.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2012):** Integration im föderalen System: Bund, Länder und die Rolle der Kommunen. Jahresgutachten 2012 mit Integrationsbarometer. Berlin.
- Schader-Stiftung (Hrsg.) (2011):** Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts. Darmstadt.
- Thränhardt, Dietrich (2009):** Migration und Integration als Herausforderung von Bund, Ländern und Gemeinden. In: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.) (2009b), S. 267-278.
- Wilkins, Ingrid/Kindermann, Walter (2012):** Integration in Hessen: „Meinungsbilder“ – eine repräsentative Befragung der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund. In: Migration und Soziale Arbeit 1, S. 77-82.

Anhang: Fragebogen

Stand kommunaler Integrationspolitik in Hessen

Name der Kommune

Ansprechpartner/in

Kontaktdaten für Rückfragen

I. Integration als kommunale Aufgabe

1. Welche Bedeutung wird in Ihrer Kommune der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund beigemessen?

- 1 sehr hohe kommunalpolitische Bedeutung (weiter mit Frage 2!)
 2 hohe kommunalpolitische Bedeutung (weiter mit Frage 2!)
 3 mittlere kommunalpolitische Bedeutung
 4 eher geringe kommunalpolitische Bedeutung (weiter mit Frage 3!)
 5 sehr geringe kommunalpolitische Bedeutung (weiter mit Frage 3!)

2. Wenn der Integrationsarbeit in Ihrer Kommune eine hohe oder sehr hohe Bedeutung zukommt, was sind hierfür die wesentlichen Gründe?
 (Mehrfachnennungen möglich!)

- 1 demografische Entwicklung
 2 unausgeschöpfte Potenziale von Zugewanderten
 3 zunehmende soziale Ungleichheit
 4 sozialräumliche Problemlagen
 5 Kosten mangelnder Integration
 6 Prävention von Konflikten
 7 andere Gründe

3. Wenn der Integrationsarbeit in Ihrer Kommune eine eher geringe oder sehr geringe Bedeutung zukommt, was sind hierfür die wesentlichen Gründe?
 (Mehrfachnennungen möglich!)

- 1 geringer Anteil von Zugewanderten
 2 keine sozialräumlichen Problemlagen
 3 erfolgreiche Integration von Zugewanderten
 4 keine Konflikte zwischen Einheimischen und Zugewanderten
 5 mangelnde kommunale Ressourcen
 6 andere Gründe und zwar

4. Ist Integration als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe in der Kommunalverwaltung verankert?

- 1 ja 2 nein

5. Wo ist Integration in der Kommunalverwaltung angesiedelt?
- 1 Stabsstelle beim Verwaltungschef
- 2 Integrationsabteilung / Integrationsreferat
- 3 Sonstiges, bitte nennen:
6. Gibt es eine eigene kommunale Gesamtstrategie zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, die den örtlichen Bedürfnissen angepasst ist?
- 1 ja 2 nein
- Bezeichnung
7. Wenn ja, wann wurde diese Gesamtstrategie entwickelt bzw. fortgeschrieben?
- a) Jahr der Entwicklung
- b) Fortschreibungen in den Jahren

II. Lokale Netzwerke

8. Bitte bewerten Sie den Grad der Vernetzung gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Akteure zur Förderung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Ihrer Kommune!
- 1 sehr gut
- 2 gut
- 3 zufriedenstellend
- 4 eher gering
- 5 sehr gering
9. Welche Hindernisse stehen nach Ihrer Einschätzung einer besseren Vernetzung der Akteure in der kommunalen Integrationsarbeit entgegen?
- Bitte nennen:
10. Hat Ihre Kommune besondere Anstrengungen unternommen, um eine bessere Vernetzung der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Akteure in diesem Handlungsfeld zu fördern?
- 1 ja 2 nein
- Wenn ja, in welcher Weise (in Stichworten)?
11. Gibt es in Ihrer Kommune eine Arbeitsstruktur (Netzwerk), die langfristig aufgestellt ist und über Einzelprojekte hinausgeht?
- 1 ja 2 nein Kommentar

III. Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

12. Welche Bedeutung wird in Ihrer Kommune einer interkulturellen Öffnung der Verwaltung beigemessen?

- 1 sehr hohe kommunalpolitische Bedeutung
 2 hohe kommunalpolitische Bedeutung
 3 mittlere kommunalpolitische Bedeutung
 4 eher geringe kommunalpolitische Bedeutung
 5 sehr geringe kommunalpolitische Bedeutung

13. Unternimmt Ihre Kommune besondere Anstrengungen, um den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den Verwaltungen zu erhöhen?

- 1 ja 2 nein

Wenn ja, in welcher Weise (in Stichworten)?

14. Welche Hindernisse stehen Ihrer Einschätzung nach einer weiteren interkulturellen Öffnung der Verwaltung entgegen?

- 1 Geringe Zahl von Neueinstellungen
 2 Wenige Bewerber/innen mit Migrationshintergrund
 3 Fehlende/mangelhafte Sprachkenntnisse der Bewerber/innen
 4 Mangelnde formale Qualifikation (Schulabschlüsse) der Bewerber/innen
 5 Sonstiges, bitte nennen:

15. Unternimmt Ihre Kommune besondere Anstrengungen, um die interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter in der Verwaltung zu stärken?

- 1 ja 2 nein

Wenn ja, in welcher Weise (in Stichworten):

IV. Partizipation und bürgerschaftliches Engagement

16. Gibt es in Ihrer Kommune eine institutionelle Form der Interessenvertretung von Menschen mit Migrationshintergrund?

- 1 ja 2 nein

Wenn ja, in welcher Weise? (Integrationsrat, Ausländerbeirat etc. – in Stichworten)

.....

17. Wenn ja, wie wird dieses Gremium gebildet?

- 1 Urwahl
 2 Benennung durch Migrantenorganisationen
 3 Benennung durch die Kommunalvertretung (Stadt- und Gemeinderat, Kreistag)
 4 Sonstiges, bitte nennen

18. Hat Ihre Kommune besondere Anstrengungen unternommen, um das freiwillige Engagement von, für und mit Migranten zu unterstützen und zu fördern?

1 ja 2 nein

Wenn ja, in welcher Weise (in Stichworten)?

19. Hat Ihre Kommune besondere Anstrengungen unternommen, um die Selbstorganisation von Menschen mit Migrationshintergrund zu fördern?

1 ja 2 nein

Wenn ja, in welcher Weise (in Stichworten)?

20. Hat Ihre Kommune besondere Anstrengungen unternommen, um Menschen mit Migrationshintergrund (und hierunter insbesondere Frauen) stärker an den Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen in den unterschiedlichsten Bereichen des sozialen und politischen Lebens zu beteiligen?

1 ja 2 nein

Wenn ja, in welcher Weise (z. B. in Beiräten, Fachausschüssen, Foren – in Stichworten)?

.....

21. Hat Ihre Kommune besondere Anstrengungen unternommen, um die Kompetenzen der Zuwanderer integrationspolitisch zu nutzen?

1 ja 2 nein

Wenn ja, in welcher Weise (z.B. als Multiplikatoren, Lotsen, Mentoren, Integrationsassistenten oder Konfliktmoderatoren – in Stichworten)?

.....

V. Sprache und Bildung

22. Werden in Ihrer Kommune Lotsen oder andere Formen der Förderung eingesetzt, um Zuwanderer bei der Wahrnehmung von Bildungsangeboten des Bundes und der Länder zu unterstützen und zu diesen Angeboten hinzuführen?

1 ja 2 nein

23. Wenn ja, in welchen Bereichen?

- 1 Eltern
- 2 Kita
- 3 Schule
- 4 Übergang Schule/Beruf
- 5 berufliche Bildung
- 6 Hochschulbildung
- 7 Sonstige

24. Bitte nennen Sie – soweit vorhanden – kommunale Maßnahmen, mit denen Sie das Bildungsangebot des Bundes und der Länder ergänzen!

.....

25. Sind die kommunalen Angebote mit denen des Bundes und der Länder verknüpft?

1 ja 2 nein

26. Wenn ja, geben Sie bitte an, wie die Verknüpfung konkret aussieht!

.....

27. Wenn nein, wo liegen die Hindernisse?

.....

VI. Berufliche Integration

28. Unterstützt Ihre Kommune – als Träger von Aufgaben nach dem SGB II – die berufliche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund?

1 ja 2 nein

29. Wenn ja, wie erfolgt diese Unterstützung?

.....

VII. Sozialräumliche Integration

30. Gibt es in Ihrer **Stadt** oder **Gemeinde** besondere Sozialräume mit Integrationsdefiziten?
 1 ja 2 nein Erläuterung

31. Gibt es in Ihrem **Landkreis** Regionen bzw. Orte mit besonderen integrationspolitischen Herausforderungen?
 1 ja 2 nein Erläuterung

32. Welche Instrumente nutzt Ihre Kommune, um benachteiligte Quartiere zu stärken, die Lebensqualität im und die Identifikation mit dem Quartier zu verbessern und das Zusammenleben zwischen den Bevölkerungsgruppen zu fördern?
 1 Niedrigschwellige soziale und kulturelle Angebote
 2 Bewohnerbeteiligung
 3 Netzwerkbildung
 4 Nutzung von Förderinstrumenten zur Stärkung benachteiligter Quartiere (z.B. Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“, Programme des Europäischen Sozialfonds)
 5 Kommunale / regionale Bildungslandschaften
 6 Sonstige (bitte nennen):

33. Bitte nennen Sie Beispiele für besondere Ansätze Ihrer Kommune!

VIII. Förderung lokaler ethnischer Ökonomie

34. Bitte bewerten Sie das Potenzial der ethnischen Ökonomie (Selbstständige, Gewerbetreibende und Unternehmen von Menschen mit Migrationshintergrund) in Ihrer Kommune!

- 1 sehr hoch
 2 hoch
 3 mittel
 4 gering
 5 sehr gering

35. Welche Instrumente nutzt Ihre Kommune, um das Potenzial der ethnischen Ökonomie für den kommunalen Wirtschaftsstandort zu nutzen?

- 1 Stärkere Berücksichtigung der ethnischen Ökonomie im Rahmen kommunaler Wirtschaftsförderungskonzepte
 2 Entwicklung spezifischer Konzepte zur Förderung der ethnischen Ökonomie
 3 Förderung des Bewusstseins in der Bevölkerung und der Verwaltung für das Potenzial der ethnischen Ökonomie
 4 Sonstige (bitte nennen):

IX. Engagement für Vielfalt und Toleranz

36. Welche kommunalpolitische Bedeutung wird in Ihrer Kommune der Stärkung des Engagements gegen Fremdenfeindlichkeit beigemessen?

- 1 sehr hohe kommunalpolitische Bedeutung
 2 hohe kommunalpolitische Bedeutung
 3 mittlere kommunalpolitische Bedeutung
 4 eher geringe kommunalpolitische Bedeutung
 5 sehr geringe kommunalpolitische Bedeutung

37. Was unternimmt Ihre Kommune, um Vielfalt und Toleranz zu fördern und Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen?

(Mehrfachnennungen möglich!)

- 1 Eigene Willkommenskultur
 2 Stärkung der demokratischen Kultur in der Kommune
 3 Förderung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen
 4 Förderung vielfältiger Begegnungs- und Kooperationsmöglichkeiten
 5 Interreligiöse Initiativen
 6 Unterstützung örtlicher Netzwerke für Vielfalt und Toleranz
 7 Kommunale Antidiskriminierungsstelle
 8 Sonstige, bitte nennen:

38. Bitte nennen Sie Beispiele für besondere Anstrengungen Ihrer Kommune in diesem Handlungsfeld!

.....

X. Information und Evaluation

39. Was unternimmt Ihre Kommune, um über die vor Ort verfügbaren Integrationsangebote in geeigneter Weise zu informieren?

- 1 Faltblätter und Broschüren zu einzelnen Angeboten
 2 Dokumentationen zu Angeboten in der Kommune (z.B. Förderatlas)
 3 Informationen im Internet zu den Angeboten in der Kommune
 4 andere Formen:

40. Was unternimmt Ihre Kommune, um ihre Integrationsanstrengungen zu dokumentieren, zu evaluieren und ggf. zu optimieren?

- 1 Integrationsberichte
 2 Integrationsmonitoring
 3 Interne Evaluation von Projekten und Maßnahmen
 4 Externe Evaluation von Projekten und Maßnahmen
 5 Erhebungen zur Entwicklung von Bedarfen
 6 andere Ansätze:

XI. Überörtliche Bezüge zum kommunalen Integrationsgeschehen

41. Kennen Sie die Empfehlungen der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände zur Integration vor Ort im Rahmen des Nationalen Integrationsplans?

- 1 ja 2 nein

42. Welche Bedeutung kommt Programmen und Initiativen des Landes Hessen für Ihre kommunalen Integrationsanstrengungen zu?

- 1 sehr hilfreich
 2 hilfreich
 3 eher unbedeutend
 4 wenig hilfreich
 5 nicht hilfreich

Raum für Erläuterungen

.....
.....

43. Welche Rahmenbedingungen auf Lebensebene könnten dazu beitragen, kommunale Integrationsprozesse stärker zu befördern?

.....
.....

44. Welche Bedeutung kommt Programmen und Initiativen des Bundes für Integrationsprozesse in Ihrer Kommune zu?

- 1 sehr hilfreich
 2 hilfreich
 3 eher unbedeutend
 4 wenig hilfreich
 5 nicht hilfreich

Raum für Erläuterungen

.....
.....

45. Was könnte bzw. sollte der Bund tun, um kommunale Integrationsprozesse stärker zu befördern? Wo sehen Sie einen besonderen Unterstützungsbedarf?

.....
.....

46. An welchen Netzwerken, Programmen oder Wettbewerben der Europäischen Union, des Bundes und der Länder oder auch von Stiftungen hat sich Ihre Kommune beteiligt?

- 1 Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt
- 2 Programme des Europäischen Sozialfonds (ESF) (z. B. Lernen vor Ort, Stärken vor Ort, XENOS, BIWAQ, Jobstarter), bitte nennen:

.....

- 3 Maßnahmen zur gesellschaftlichen und sozialen Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF)
- 4 Projekte und Programme von Stiftungen (bitte nennen):

.....

- 5 Netzwerke von Städten, Gemeinden und Landkreisen (bitte nennen):

.....

- 6 Andere (bitte nennen):

47. Welche Programme sind für Sie besonders wichtig?

- 1 Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt
- 2 Programme des Europäischen Sozialfonds (ESF) (z. B. Lernen vor Ort, Stärken vor Ort, XENOS, BIWAQ, Jobstarter), bitte nennen:

.....

- 3 Maßnahmen zur gesellschaftlichen und sozialen Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF)
- 4 Projekte und Programme von Stiftungen (bitte nennen)

.....

- 5 Netzwerke von Städten, Gemeinden und Landkreisen (bitte nennen):

.....

- 6 Andere (bitte nennen):

XII. Selbsteinschätzung

48. Wo sehen Sie die größten Barrieren für eine gelungene lokale Integration? (Bitte in Stichpunkten!)

.....
.....
.....
.....
.....

49. Welche Integrationsanstrengungen Ihrer Kommune betrachten Sie als besonders gelungen? (Bitte in Stichpunkten!)

.....
.....
.....

XIII. Basisdaten der Kommune

50. Gemeindetyp

- 1 Großstadt, > 200.000 Einwohner
- 2 Großstadt, 100.000 bis 200.000 Einwohner
- 3 kreisfreie Stadt, 50.000 bis 100.000 Einwohner
- 4 kreisangehörige Stadt, 50.000 bis 100.000 Einwohner
- 5 kreisfreie Stadt, 20.000 bis 50.000 Einwohner
- 6 kreisangehörige Stadt, 20.000 bis 50.000 Einwohner
- 7 Gemeinde, 10.000 bis 20.000 Einwohner
- 8 Gemeinde, 5.000 bis 10.000 Einwohner
- 9 (Land-)Kreis, > 150.000 Einwohner
- 10 (Land-)Kreis, < 150.000 Einwohner

51. Anteil ausländischer Einwohner an der Bevölkerung

- 1 > 25 Prozent
- 2 20 bis unter 25 Prozent
- 3 15 bis unter 20 Prozent
- 4 10 bis unter 15 Prozent
- 5 5 bis unter 10 Prozent
- 6 unter 5 Prozent
- 7 Anteil nicht bekannt

52. Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung (auch Schätzungen)

- 1 > 40 Prozent
- 2 30 bis unter 40 Prozent
- 3 20 bis unter 30 Prozent
- 4 15 bis unter 20 Prozent
- 5 10 bis unter 15 Prozent
- 6 5 bis unter 10 Prozent
- 7 unter 5 Prozent
- 8 Angabe / Schätzung nicht möglich

53. Grundlage der Datenangabe

- 1 Mikrozensus
- 2 eigene Erhebung
- 3 Schätzung

54. Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der Kommunalverwaltung? (geschätzt, in Prozent)

.....

55. Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der kommunalen Vertretung?
(geschätzt, in Prozent)

Nochmals vielen Dank für Ihre Mühe!

Den ausgefüllten Fragebogen senden Sie bitte **bis zum 15. März 2012** entweder per E-Mail an integration@hmdj.hessen.de oder auf dem Postweg an

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa
Abteilung V - Integration
Luisenstraße 13
65185 Wiesbaden.

HESSEN



Impressum

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

Luisenstraße 13

65185 Wiesbaden

Telefon 0611/32-0

Abteilung V – Integration

Dr. Walter Kindermann

Referat B3 – Integrationsforschung, Monitoring

Dr. Ingrid Wilkens

Gabriela Fuhr

Referat A2 – Förderung Modellregionen, Stiftungen, Integrationsnetzwerk

Wiebke Schindel

Hangama Kawa

Unter Mitarbeit von Marta Loureiro Rodrigues

V.i.S.d.P.: Dr. Hans Liedel, Pressesprecher

Wiesbaden, im März 2013

Hinweis zur Verwendung der Broschüre

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Hessischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern, Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlkampfveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Die genannten Beschränkungen gelten unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Druckschrift dem/der Empfänger/in zugegangen ist. Den Parteien ist jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.